

BERLÍN 07/17 08/17 international Nummer 145

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN

Der interkulturelle Kalender für den Monat Juli:

1
2
3
4 Independence Day USA
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14 Tag der Französischen Revolution
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit 2005 gibt es in Berlin eine Härtefallkommission auf gesetzlicher Grundlage. Wer sich an die Härtefallkommission wenden kann, wie Betroffene Kontakt aufnehmen können und was sie während des Verfahrens beachten sollten – darüber informieren die Mitglieder der Härtefallkommission in einem Faltblatt, das der Integrationsbeauftragte des Senats jetzt in aktualisierter Fassung herausgegeben hat ([Seite 6](#)).

Der Blick in das Inhaltsverzeichnis auf den [Seiten 2 und 3](#) gibt Auskunft über die weiteren Themen dieser Ausgabe. Vielleicht finden Sie dort ja die eine oder andere Meldung von Interesse.

Mit 2.023 Abonentinnen und Abonnenten verzeichnet diese Ausgabe einen neuen „Auflagenrekord“. Die Redaktion bedankt sich für Ihr Interesse an den regelmäßigen Informationen des Berliner Integrationsbeauftragten und verabschiedet sich mit BERLIN INTERNATIONAL in die Sommerpause.

Eine erholsame Ferienzeit wünscht Ihnen

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL macht eine Pause bis zum meteorologischen Herbstanfang und erscheint wieder am 01.09.2017. Redaktionsschluss für die Ausgabe September 2017 (Nr. 146) ist der 25.08.2017.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung mit Quellenangabe erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, I Abtl 22; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/newsletter/> 30.06.2017 [2.023 | Jahrgang 34]

Der interkulturelle Kalender für den Monat August:

1
2 Ged.tag Genozid an den Roma
3
4
5
6 Hiroshima-Gedenktag
7
8
9
10
11
12
13
14
15 Mariä Himmelf., Bonfest Japan
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25 Ganeshafest
26
27
28
29
30
31

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

05.09., Einladung: Integration im Dialog – Wie geht es weiter im Bezirk?	
Start der Veranstaltungsreihe in Reinickendorf 4
Vielfalt in der Ausbildung:	
Der Durchbruch muss jetzt kommen Statistik der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund 2016 vorgestellt 4
Medienschau 5
Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen fordert: Keine Abschiebungen nach Afghanistan! 6
Faltblatt zur Arbeit der Berliner Härtefallkommission erschienen 6
Das Willkommenszentrum Berlin informiert: Fachveranstaltung „Migrationsberatung 4.0“ 6
Bundesfreiwilligendienst für Geflüchtete: Erste Bilanz nach sechs Monaten 7
IQ Landesnetzwerk Berlin: MigrantInnenorganisationen als Akteure des Arbeitsmarktes 8
Das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen: Die Integrationslots*innen des Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrums in der ufafabrik e.V. 9
Amerika-Gedenkbibliothek: Bibliotheksführungen in Arabisch 10
Mehr als 1000 Besucher auf der Ausbildungsmesse für geflüchtete Menschen 11
Kreuzberg, FHXB Museum: Führungen. Kostenlose Angebote für NeuBerliner*innen 11

Aus dem Landespressedienst

„Respekt? Ja, bitte!“ kommt in die Berliner Kinos 12
„Jung, geflüchtet, offen für die Zukunft“ –	
Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt lobt den Berliner Präventionspreis 2017 aus Müller und Klitschko unterzeichnen Partnerschaftserklärung zwischen Kiew und Berlin 12
Bericht über Wohnungsneubau der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften vorgelegt 13
Geflüchtete mit Bleibeperspektive haben zukünftig Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein 13
Berlin schafft Bleiberechtsregelung für Opfer von Hasskriminalität 14
Berlin für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt 14
„Keine Waffen in die Hände von Extremisten“ 15
Müller zum Tode von Helmut Kohl: „Berlin trauert um seinen Ehrenbürger“ 15
Müller zum Aufruf für einen Tag der offenen Gesellschaft: 15
Berlin flaggt bunt 16
Berlin wächst weiter 16
Müller in Montreal:	
„Eine klare und starke Botschaft senden – wir freuen uns, die Einwanderer willkommen zu heißen“ 17
Senatorin Breitenbach zur beabsichtigten Schließung von Flüchtlingsunterkünften durch den Betreiber Gierso 18
Müller unterstützt liberale Berliner Moschee 18
Berlin schließt Vereinbarung mit Yad Vashem 19
Müller zum Global Mayoral Forum: „Städte müssen Synergien bei der Zuwanderung bündeln“ 19
Modulare Flüchtlingsunterkunft in Lichtenberg feiert Richtfest 20
Preissenkung beim Berliner Sozialticket zum 1. Juli 2017 20
Startschuss für das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung 21

Anfragen an den Senat

„Anerkennung ausländischer Abschlüsse in 2016“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite 21
---	----------

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal 23
eurostat: Statistischer Bericht 2017 erschienen - Migrant integration 2017 23
BAMF: Ausschreibung zur Förderung von Integrationsprojekten im Förderjahr 2018. Frist: 15.09.2017 24
BAMF, Förderung: Multiplikatorenschulungen in der Integrationsarbeit. Frist: 31.07.2017 24
BMI: 14.973 Asylanträge im Mai 2017 24
Politikbericht: Überblick über Migrationsgeschehen 2016 25
SVR legt Positionspapier zum Doppelpass mit Generationenschnitt vor 25

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Ab 03.07.: Kostenlose Deutschkurse & Berufsorientierung für junge MigrantInnen. Anmeldung ab sofort möglich26
GIZ e. V., jetzt bewerben: Interkultureller Trainer*innen - staatlich anerkannte Erzieher*innen Ausbildung für Menschen mit einem ausländischen pädagogischen Abschluss. Start: 04.09.201726
Willkommen-in-Arbeit-Büro (WiA-Büro) Spandau27
Aktuelle Weiterbildungen und Info-Termine im FCZB Juli bis September 201727
Ab 16.10.2017, SFU Berlin: Weiterbildungsmaster in Kulturellen Beziehungen und Migration (M.A.). Bewerbungsphase hat begonnen28
multicult.fm. 01.07.2017 bis 01.06.2018, gebührenfrei: Crossmedia Job Profile Workshopreihe zu Hörfunk, Online- und Video-Journalismus28

Workshops/ Tagungen

03.07., Monatsgespräch: Checkpoint bpb. Berlin Brüssel Ankara. Ein neues Kapitel europäisch-türkischer Beziehungen29
07.07.2017, ver.di Fachdialog Gender: Elf Jahre Antidiskriminierungsgesetz (AGG) – Anforderungen an gelebte Vielfalt. Anmeldung bis 30.06.201729
Einladung, AWO-Kreisverband Berlin Spree-Wuhle e. V.: Familienseminar am 12.10.201730

Initiativen

13.07., Preisverleihung: "Band für Mut und Verständigung 2017". Auszeichnung würdigt Engagement gegen Ausgrenzung31
24. bis 30.09., bundesweit: Interkulturelle Woche 201731

Aus Projekten und Vereinen

CHAMPIONS ohne GRENZEN – Ein Verein mit Visionen. Stadttouren schaffen Begegnung und Austausch von Geflüchteten mit Einheimischen32
30+1 Jahre bildungsmarkt e.V. Über 30 Jahre Bildungsqualität33
PEB-Projekt: „Starke Unternehmerinnen für starke Frauen. Eine Initiative für geflüchtete Frauen“. Start der neuen Gruppe am 01. Juli33
BAYOUMA-HAUS der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V. Programm Juli/August 2017 (Auszug)34
BABEL e.V.: Angebot im Juli/August 2017 (Auszug)36
AWO-Begegnungszentrum Monatsprogramm Juli/ August 201737
Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. Veranstaltungen von Juli bis Oktober 201738
AfroPolitan Berlin: Programm Juli 2017 (Auszug)39

Veranstaltungen

01.07., NARUD e.V.: 8. Interkulturelles Fußballturnier und Baobab-Messe40
14.-16.07., Bündnis Neukölln: Festival „Offenes Neukölln“40
22. Juli 2017: Berliner Christopher Street Day 201740
Ab 29.07., Martin-Gropius-Bau: Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU41
Kultur bewegt e.V.: Stadtteilführungen im Juli/August 2017 - Neukölln41
Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin: Programm im Juli/August 201742

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Webseite: Neue Brücken für Berlin - WOMEN'S WELCOME BRIDGE geht in die zweite Runde42
Chatham House, Forschungsbericht: Europa – ziehen wir (noch) an einem Strang?43
Neue Veröffentlichung: Z'Flucht. Zeitschrift für Flüchtlingsforschung43

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

05.09., Einladung:
INTEGRATION IM DIALOG –
WIE GEHT ES WEITER IM BEZIRK?
Start der Veranstaltungsreihe in Reinickendorf

Dienstag, 05.09.2017
Einlass: 18.00 Uhr, Beginn: 18.30 Uhr
Hermann-Ehlers-Haus
Alt-Wittenau 70
13437 Berlin Reinickendorf

Anmeldung unter: dialog@integrationberlin.de

Sie kamen aus dem Bürgerkrieg in Syrien, aus dem Irak und aus Afghanistan oder aus den Krisen- und Armutregionen in Afrika: Rund 100.000 Geflüchtete sind in den Jahren 2015 und 2016 nach Berlin gekommen. Inzwischen sinkt die Zahl der Geflüchteten, die in unsere Stadt kommen, doch die Herausforderungen gehen weiter. Für die Geflüchteten in Berlin geht es nun darum, die Sprache zu lernen, eine Wohnung, einen Ausbildungsplatz oder Arbeit zu finden.

- Wie ist die Lage heute?
- Wer hat Chancen, dauerhaft in Berlin zu bleiben?
- Erwachsen aus der spontanen Hilfsbereitschaft der vielen Freiwilligen nachhaltige Projekte?
- Wie haben die Geflüchteten die Stadt verändert?
- Und vor welcher Herausforderung stehen die Bezirke als nächstes?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Veranstaltungsreihe

Integration im Dialog – wie geht es weiter im Bezirk?

Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Andreas Germershausen, lädt Sie herzlich ein bei Integration im Dialog in den Berliner Bezirken mit uns zu diskutieren. Den Auftakt macht Integration im Dialog am Dienstag, 05. September 2017 in Reinickendorf. Aufgrund der begrenzten Plätze melden Sie sich bitte an: dialog@integrationberlin.de.

Am Donnerstag, 14. September sind Sie eingeladen, bei Integration im Dialog in Spandau dabei zu sein. Auch zu dieser Veranstaltung können Sie sich bereits jetzt unter dialog@integrationberlin.de anmelden. Wir freuen uns auf einen spannenden Abend!

Mit besten Grüßen

Andreas Germershausen

Vielfalt in der Ausbildung: **DER DURCHBRUCH MUSS JETZT KOMMEN** **Statistik der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund 2016 vorgestellt**

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, zur Statistik der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund 2016: Öffentliche Arbeitgeber als Integrationsmotoren gefordert

Die Bilanz der Senatorin zur Statistik der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund fällt für 2016 zwiespältig aus: 547 der 2.186 neu eingestellte Auszubildende beim Land Berlin (25,1 %) haben einen Migrationshintergrund, so viele wie nie zuvor. „Diese erneute Steigerung ist Ausdruck der konsequenten Integrationspolitik Berlins und seiner Initiative Berlin braucht dich!“, so Breitenbach. Allerdings ist das insgesamt positive Bild getrübt, da die Entwicklung bei manchen Behörden und Betrieben mit Landesbeteiligung stagniert oder gar rückläufig ist. Der starke Anstieg wird vor allem durch die Polizei und Vivantes durch ihre besonders hohe Anzahl neu eingestellter Auszubildender getragen. Berlins Beauftragter für Integration und Migration, Andreas Germershausen, fordert: „Berlin als wachsende Stadt mit zunehmendem Fachkräftebedarf braucht einen weiteren Sprung nach vorne“.

Dies belegt die von BQN Berlin durchgeführte aktuelle Befragung. Im Öffentlichen Dienst wurden in den Verwaltungen 1.354 Auszubildende neu eingestellt, von denen 23 % einen Migrationshintergrund hatten (2015: 19,5 %). Bei den Betrieben mit Landesbeteiligung wurden insgesamt 832 Auszubildende neu eingestellt, davon 28,5 % mit Migrationshintergrund (2015: 24,2 %).

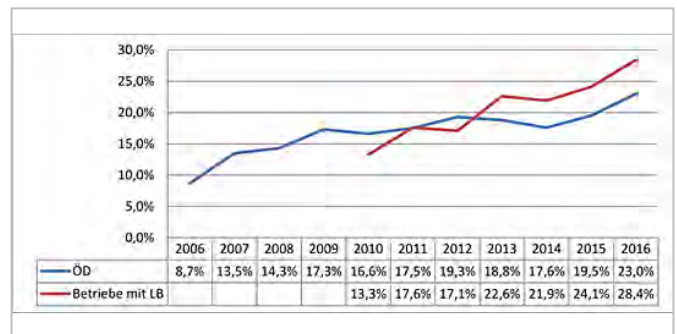


Abbildung: Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst (ÖD) und in den Betrieben mit Landesbeteiligung (LB)

Neben der Polizei Berlin, die 32,1 % (2015: 26,8 %) erreichte, überschritten auch die Bezirksämter Friedrichshain-Kreuzberg sowie Neukölln und Tempelhof-Schöneberg ebenfalls die ursprünglich vom Senat anvisierte Zielmarke von 25 %. Demgegenüber fielen andere Bezirksämter zurück.

Bei den Berliner Betrieben mit Landesbeteiligung entfielen 80 % der Neueinstellungen auf die fünf größten Betriebe: Vivantes (273), die Berliner Verkehrsbetriebe

(148), Charité Gesundheitsakademie (112), Berliner Stadtreinigung (74) sowie die Berliner Wasserbetriebe (72). Mit Ausnahme von Vivantes ist bei den großen Betrieben mit Landesbeteiligung eine stagnierende Entwicklung beim Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu beobachten: Sie kamen auf Werte zwischen 12,5 % und 17,6 %. Einen deutlichen Anstieg dieser Zahlen erhofft sich Andreas Germershausen für 2017 durch das mit diesen Betrieben gestartete Pilotvorhaben ‚Erprobung neuer Zugänge in die Ausbildung‘. Dadurch wird jungen Menschen der Einstieg in die Ausbildung durch Vereinbarungen mit Betrieben und eine gezielte, auf Praktika basierende Förderung jenseits der bisherigen betrieblichen Auswahlverfahren ermöglicht.

Das Ziel, die wachsende Vielfalt in der Bevölkerung auch in der Ausbildung beim Land Berlin widerzuspiegeln, so die Senatorin, bleibt eine schwierige Herausforderung. „Aber sie kann bewältigt werden“, betont Breitenbach, denn: „Berlin verfügt als Arbeitgeber über die Möglichkeit, die eigene Verwaltung und die Betriebe mit Landesbeteiligung durch gezielte Personalpolitik interkulturell zu öffnen und mit gutem Beispiel voran zu gehen.“

„Außerdem wächst der Öffentliche Dienst in seiner Bedeutung für die Zukunftsperspektiven der Berliner Jugendlichen“, so die Senatorin weiter. Die Zahl seiner Ausbildungsplätze hat seit 2013 um 27,1 % zugenommen und liegt nun bei 2.177. Im gesamten Dualen System hingegen ist die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge seit 2013 um 2 % gesunken und liegt bei 15.856 (2015).

„Gleichzeitig hat es eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung für die migrantische Bevölkerung, wenn die Vielfalt in der Bevölkerung sich auch in den städtischen Institutionen widerspiegelt“, hebt der Integrationsbeauftragte Germershausen hervor. Besonders wichtig ist diese Wirkung beim Öffentlichen Dienst, der laut Koalitionsvertrag „Vorbild für die berufliche Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und Diskriminierungserfahrung“ sein soll. In der neuen Senatspolitik, insbesondere der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik, so Breitenbach, steht die Bekämpfung der sozialen Spaltung Berlins im Mittelpunkt: „Niemand darf verlorengelassen. Der Anfang zu mehr Vielfalt in der Ausbildung ist gemacht, der Durchbruch muss nun kommen.“

Internet: <http://www.bqn-berlin.de/>

Seit 2006 erhebt BQN Berlin, das Berufliche Qualifizierungsnetzwerk für Migrantinnen und Migranten in Berlin jährlich den Anteil der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst, und seit 2010 auch bei den Betrieben mit Landesbeteiligung.

BQN Berlin e.V. verfolgt das Ziel, Vielfalt und Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe in den Fokus zu rücken – insbesondere im Bereich der beruflichen Integration. BQN Berlin e.V. setzt sich auf politischer Ebene dafür ein, dass Vielfalt als gesellschaftliche Realität anerkannt und als Chance genutzt wird.

MEDIENSCHAU

Pressestimmen zur Vorstellung der Zahlen der neu eingestellten Auszubildenden mit Migrationshintergrund

rbb:

<http://mediathek.rbb-online.de/radio/Die-Themen-aus-Berlin-und-Brandenburg-I/Das-Neueste-aus-der-Region-16-06-2017/Inforadio/Audio-Podcast?bcastId=39825024&documentId=43595992>

Neues Deutschland

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1054418.anteil-der-migrantischen-azubis-im-oeffentlichen-dienst-steigt.html>

Berliner Zeitung:

<http://www.berliner-zeitung.de/berlin/oeffentlicher-dienst--mehr-azubis-mit-auslaendischen-wurzeln-27806648>

Berlin Online:

<https://www.berlinonline.de/aktuell/4897331-4015970-oeffentlicher-dienst-mehr-azubis-mit-aus.html>

Welt:

<https://www.welt.de/regionales/berlin/article165622069/Mehr-Azubis-mit-auslaendischen-Wurzeln.html>

SZ:

<http://www.sueddeutsche.de/news/karriere/ausbildung--berlin-oeffentlicher-dienst-mehr-azubis-mit-auslaendischen-wurzeln-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170616-99-875023>

Focus:

http://www.focus.de/regional/berlin/ausbildung-oeffentlicher-dienst-mehr-azubis-mit-auslaendischen-wurzeln_id_7252402.html

Interview: „Benachteiligungen wirken hartnäckiger als erwartet“

<http://www.igmetall-berlin.de/aktuelles/meldung/benachteiligungen-wirken-hartnaeckiger-als-erwartet/>

**Berliner Landesbeirat
für Integrations- und Migrationsfragen fordert:
KEINE ABSCHIEBUNGEN
NACH AFGHANISTAN!**

Der Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen hat sich in seiner Sitzung vom 19. Juni 2016 mit der Situation in Afghanistan befasst.

Er stellt fest, dass die Sicherheitslage in Afghanistan in hohem Maße bedrohlich ist und begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, die Lage in Afghanistan neu zu bewerten. Der Landesbeirat fordert die Bundesregierung auf, Abschiebungen nach Afghanistan generell auszusetzen und einen formalen Abschiebestopp, der alle Geflüchteten einbezieht, zu beschließen. Er fordert den Berliner Senat auf, sich dafür gegenüber dem Bund einzusetzen und mindestens auf Landesebene einen Berliner Abschiebestopp zu vereinbaren.

Zudem fordert der Beirat den Berliner Senat auf, keine Abschiebungen in Drittländer vorzunehmen, die ihrerseits Geflüchtete nach Afghanistan abschieben.

Auch vor dem Hintergrund des Tags des Flüchtlings am 20. Juni bekräftigt der Landesbeirat, dass Geflüchtete aus Afghanistan eine sichere Bleibeperspektive brauchen, um sich in Berlin erfolgreich integrieren zu können.

Nuran Yigit
Stellvertretende Vorsitzende des
Landesbeirats für Integrations- Integrationsbeauftragter
und Migrationsfragen

Andreas Germershausen
für die Geschäftsstelle des Beirats

[Pressemitteilung v.20.06.2017]

**FALTBLATT ZUR ARBEIT DER BERLINER
HÄRTEFALLKOMMISSION ERSCHEIENEN**

Seit Januar 2005 haben die Regierungen der Länder mit § 23 a Aufenthaltsgesetz eine gesetzliche Grundlage zur Einrichtung von Härtefallkommissionen. Seit diesem Jahr arbeitet auch die Berliner Härtefallkommission. Ihre Aufgabe ist es, Härten des Aufenthaltsgesetzes ausgleichen:

- Sie kann in ausweglosen Situationen zu einem Aufenthaltsrecht verhelfen, sofern der Senator für Inneres ein Ersuchen der Kommission aufgreift.
- Sie setzt sich für Menschen ein, die kurz vor der Abschiebung stehen.
- Sie richtet sich an Menschen, die in Berlin ihr Zuhause haben und hier eingebunden sind. Sie

unterstützt Familien mit Kindern, die in Berlin aufgewachsen und sozialisiert sind.

- Auch wendet sie sich an Personen, für die ein Verlassen Berlins und Deutschlands mit besonderen Gefahren verbunden ist.

Mitglieder der Berliner Härtefallkommission sind Vertreter der Kirchen, der Liga der Wohlfahrtsverbände, des Flüchtlingsrates, des Migrationsrates, der Senatsfrauenverwaltung sowie des Integrationsbeauftragten. Die Härtefallkommission kann mit 2/3-Mehrheit ein Härtefallersuchen beim Innensenator stellen, bei dem dann die endgültige Entscheidung über Abschiebung oder Aufenthalt liegt.

Wer sich an die Härtefallkommission wenden kann, wie Betroffene Kontakt aufnehmen können und was sie während des Verfahrens beachten sollten – darüber informieren die Mitglieder der Härtefallkommission in einem Faltblatt, das der Integrationsbeauftragte des Senats jetzt in aktualisierter Fassung herausgegeben hat.

Das Faltblatt ist kostenlos erhältlich beim

Beauftragten des Senats
für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65,
10785 Berlin
Tel.: (030) 9017 - 2351
E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Außerdem steht es auf den Internetseiten des Integrationsbeauftragten als Download bereit unter:
<http://www.berlin.de/lb/intmig/veroeffentlichungen/rechtsfragen/>



**Das Willkommenszentrum Berlin informiert:
FACHVERANSTALTUNG
„MIGRATIONSBERATUNG 4.0“**

„Migrationsberatung 4.0“ ist das Thema einer Fachveranstaltung, die am 29.06.2017 von 9.30 bis 16.00 Uhr im Institut Français Berlin stattfindet.

Organisiert wird sie vom Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration, dem Willkommenszentrum Berlin und dem IQ Landesnetzwerk und Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung.

„Das Informationsverhalten der aktuell aus dem Ausland nach Berlin Kommenden unterscheidet sich vom Informationsverhalten vorheriger Generationen eklatant. Insbesondere den sozialen Medien kommt ein hoher Stellenwert zu.“ Darauf wies der Integrationsbeauftragte Andreas Germershausen bei der Eröffnung hin. „Der Austausch und die gegenseitige Information in

Facebookgruppen und über WhatsApp hat ein emanzipatorisches Moment und ist ein Ausdruck von Solidarität untereinander. Informationen sind zudem rasch verfügbar. Es sind damit jedoch auch Gefahren verbunden: Der Austausch im Netz schließt Fehlinformationen ein, die Frustration auslösen und den Integrationsprozess behindern können.“

Die Veranstaltung beleuchtet das zunehmend digitalisierte Informations- und Kommunikationsverhalten von neu zugewanderten Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten in Berlin und stellt die Frage nach dem Umgang von Offline-Beratungsanbietern mit diesem Phänomen. Für diese stellt das neue Kommunikationsverhalten eine Herausforderung dar. Wie können sich etwa etablierte Beratungsstellen darauf einstellen, z.B. die Beratung in aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen beim Integrationsbeauftragten oder das Willkommenszentrum Berlin, das gerade Neueingereisten Unterstützung, Beratung und Hilfestellungen in allen möglichen Bereichen des Lebens bietet?

Eine zusätzliche Herausforderung für die Beratungseinrichtungen sind Missbrauchsfälle, in denen von Neueingereisten für eigentlich kostenlose Informationen oder Dienstleistungen nicht unerhebliche Summen verlangt werden. Hierüber liegen keine verlässlichen Daten vor, das Problem ist jedoch in den Blick zu nehmen.

Das Projekt Neu in Berlin hat sich dieser Probleme angenommen und erprobt in Zusammenarbeit mit dem Willkommenszentrum Berlin eine „aufsuchende Information und Beratung“ im Netz. Ob und wie das funktioniert, ist ein Schwerpunkt der Veranstaltung.

Sie präsentiert aktuelle Untersuchungsergebnisse und bietet die Gelegenheit zum Fachaustausch über dieses innovative Feld. Sie richtet sich an Beratungseinrichtungen, die mit Neuzugewanderten arbeiten, Migrantenorganisationen, öffentliche und private Förderinstitutionen und Forscherinnen und Forscher, die zu diesen Themen arbeiten.

Mehr Informationen zum Willkommenszentrum Berlin: <http://www.berlin.de/willkommenszentrum/>.
Mehr Information zum Projekt „Neu in Berlin“ (das Projekt wird von der Lotto Stiftung Berlin und Büro des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration gefördert):
<https://www.minor-kontor.de/de/projekte/neu-in-berlin>

BUNDESFREIWILLIGENDIENST FÜR GEFLÜCHTETE

Erste Bilanz nach sechs Monaten

Seit dem 01.01.2017 beschäftigt die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales die ersten geflüchteten Personen als Bundesfreiwillige im Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA).

Bei der Abteilung Integration können bis zu 80 Bundesfreiwilligenstellen besetzt werden, was bis Ende 2017 geschehen soll, da das Programm zunächst bis Ende 2018 befristet ist. Dies bedeutet, dass bei einer Dienstzeit von zwölf Monaten, der letzte Freiwillige spätestens zum 01.01.2018 seinen Dienst begonnen haben muss. Das Projekt wird in erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Club Dialog e.V. und der Sportjugend im Landesportbund Berlin e.V. durchgeführt.

Ende Juni 2017 sind bei der Integrationsverwaltung 54 Plätze, von den verfügbaren 80 Plätzen, belegt. Insgesamt haben neun Personen, hauptsächlich aus persönlichen Gründen, den Dienst abgebrochen. Von den aktiven 54 BFDlern sind 17 geflüchtete Personen, insgesamt sind 28 männlich und 26 weiblich. Der Großteil der BFDler arbeitet in der Regel 20,5 Wochenstunden. Den Freiwilligen wird ein Taschengeld, welches in der Regel zwischen 178,- und 200,- Euro pro Monat liegt, die Sozialversicherungsbeiträge und, in Einzelfällen, das ermäßigte BVG-Ticket bezahlt.

Durch die Einbindung in den Bundesfreiwilligendienst (BFD) wird Geflüchteten ein direkter Anschluss an das gesellschaftliche Leben in Berlin ermöglicht. Dies schließt auch Personen mit Aufenthaltsgestattung und Geduldete, soweit sie eine Beschäftigungserlaubnis haben, mit ein. Durch die möglichst frühe Einbindung können Geflüchtete schon während des Asylverfahrens oder im Rahmen ihrer Duldung einer sinnvollen Tätigkeit, die ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht, nachgehen und gleichzeitig ihre beruflichen Perspektiven deutlich verbessern. Neben Geflüchteten können auch Personen, die sich allgemein in der Flüchtlingshilfe engagieren, als Freiwillige ausgewählt werden.

Kontakt Daten der Träger:

Frau Aygul Bikbulatova
Club Dialog e.V.
Friedrichstraße 176-179
10117 Berlin

E-Mail: bfd@club-dialog.de
Internetseite: <http://www.club-dialog.de/>

(Fortsetzung nächste Seite)

Herr Hagen Meier
Sportjugend im Landessportbund Berlin e.V.
Jesse-Owens-Allee 2
14053 Berlin

Telefon: 030- 78 77 24 19

E-Mail: HMeier@lsb-berlin.de
Internetseite: <http://www.sportjugend-berlin.de/>

Kontakt Daten bei der Senatsverwaltung:

Frau Amala Meiwes-Konyali
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Beauftragter des Senats von Berlin
für Integration und Migration
Potsdamer Str. 65
10785 Berlin

E-Mail: amala.meiwes-konyali@intmig.berlin.de
Internetseite: www.berlin.de/lb/intmig/

**IQ LANDESNETZWERK
BERLIN**



MigrantInnenorganisationen als Akteure des Arbeitsmarktes

MigrantInnenorganisationen können einen relevanten Beitrag zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland leisten. Der Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. engagiert sich, als Dachverband von 40 Mitgliedsorganisationen, vor allem im Bereich des Empowerments von MigrantInnenorganisationen (MO). Im Rahmen des Teilprojekts „Willkommen in Berlin - Empowerment von MO im Kontext der Strukturen kommunaler Willkommenskultur“ des IQ Landesnetzwerks Berlin setzt sich VIA für Empowerment von MO als Partner der Arbeitsmarktakteure und die Förderung der interkulturellen Öffnung der kommunalen Verwaltungen und Facheinrichtungen durch Schulungen durch MO ein.

Die aktive gesellschaftliche Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein wichtiger Pfeiler gelungener Integration. MO pflegen nicht nur die sprachlichen und kulturellen Traditionen der Herkunftsländer ihrer Mitglieder, sondern engagieren sie sich immer mehr als zivilgesellschaftliche Akteure der hiesigen Gesellschaft in Integrationsprojekten.

Lebensumstände und Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten werden von arbeitsmarktpolitischen Angeboten und Instrumenten

nicht immer in ausreichendem Maße berücksichtigt. Gleichzeitig ist diese Zielgruppe oft selbst auch nicht ausreichend über ihre Möglichkeiten und Pflichten am Arbeitsmarkt informiert. MO können entscheidend dazu beitragen, diese Informationslücken in beide Richtungen zu schließen: Sie können in Kooperationen mit Akteuren der Arbeitsmarktpolitik die Wünsche von Menschen mit Migrationshintergrund in arbeitsmarktpolitische Netzwerke einbringen und ihre Mitglieder und Zielgruppen über neue Entwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktintegration informieren.

Des Weiteren haben MO die Möglichkeit, Prozesse der interkulturellen Öffnung von Regelinstitutionen durch Kooperationen zu gestalten. Hier engagieren sie sich nicht nur in der Wissensvermittlung, sondern vor allem auch in der Gestaltung von migrations-sensiblen Angeboten, die zielgruppenspezifische Aspekte wie Mehrsprachigkeit oder Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in Deutschland berücksichtigen.

Das Teilprojekt „**Willkommen in Berlin**“ des IQ Landesnetzwerks Berlin setzt genau auf die Ressourcen von MO. Ziel ist die vielfältigen Arbeitsfelder von MO unter dem Aspekt der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund neu zu beleuchten, mit ihnen gemeinsam die vorhandenen Strukturen in den Kommunen und Regeleinrichtungen im Sinne einer Willkommenskultur zu fördern und sie als Akteure für die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten zu gewinnen.

Um dies zu erreichen, setzt das Projekt verschiedene Maßnahmen um, z. B. in Form zweier **Netzwerke** „Arbeitsmarktintegration von afghanischen Geflüchteten“, „Migrannet. Netzwerk für MO und Unternehmen“ oder durch **Qualifizierungsseminare für MO** zu unterschiedlichen Themen (z. B. Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen, Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktförderung für Geflüchtete etc.). Seit 2016 bietet das Projekt zudem **Arbeitsmarktgespräche** an, zu denen Referentinnen und Referenten von Arbeitsmarktinstitutionen bzw. Projekten mit Arbeitsmarktbezug für Input-Vorträge zu einer MO eingeladen werden und so deren Zielgruppen niedrigschwellig erreichen können.

Die Arbeitsmarktgespräche bieten einen sehr guten Rahmen für den Austausch über Themen, die für die Zielgruppe der jeweiligen MO direkt relevant sind, wie z. B. die Anerkennung von beruflichen Abschlüssen aus dem Ausland, Qualifizierungsmöglichkeiten, Zuschüsse und Fördermittel für selbständige Migrantinnen und Migranten, Empowerment, beruflichen Wiedereinstieg oder Arbeitsrecht.

Darüber hinaus unterstützt das Projekt Kooperationen und Vernetzungen zwischen kommunalen Verwaltungen sowie Einrichtungen der Regeldienste mit MO und begleitet diese Zusammenarbeit fachlich. Leitend ist bei dem Projekt immer die enge Zusammenarbeit von Arbeitsmarktakteuren und MO als Schlüssel für die Ver-

besserung der Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Kontakt:

Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA)
Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.

Maria Oikonomidou
Petersburger Str. 92
10247 Berlin

Tel.: (030) 29 00 69 48

E-Mail: ig-netz-via@via-in-berlin.de
Internet: <http://www.via-in-berlin.de>

Kontakt zum IQ Landesnetzwerk Berlin

Koordinationsstelle des IQ Landesnetzwerks Berlin

Alev Deniz, I A IQ

Büro des Beauftragten des Senats
für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin

Tel.: (030) 9017 2361

E-Mail: Alev.Deniz@intmig.berlin.de
Internet: <http://www.berlin.netzwerk-ig.de>



Das Landesrahmenprogramm

**Integrationslotsinnen und Integrationslotsen:
DIE INTEGRATIONSLOTS*INNEN DES NACH-
BARSCHAFTS- UND SELBSTHILFEZENTRUMS
IN DER UFAFABRIK E.V.**

*Von Aysel Meral, Koordinatorin Integrationslots*innen*

Das Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufafabrik e.V. (NUSZ e.V.) besteht seit 1987.

Es ist ein gemeinnütziger Verein und anerkannter freier Träger verschiedener Einrichtungen der Jugendhilfe. Auf dem 18.000m² großen Gelände der ufaFabrik und in anderen Einrichtungen im Stadtteil Tempelhof-Schöneberg bietet es Raum für aktives Miteinander, für

kulturelle, soziale und gesundheitliche Eigenbetätigung, aktive Freizeitgestaltung, sowie zahlreiche Kulturangebote für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft. Das NUSZ ist Träger von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Kindertagesstätten, Familien- und Nachbarschaftszentren, der Schulsozialarbeit und der Ganztagsbetreuung an Schulen und verfügt im Sozialraum über eine breite Vernetzung mit weiteren Kooperationspartner*innen.

Seit Dezember 2013 ist das NUSZ Träger im Landesrahmenprogramm Integrationslots*innen: Mit zwei Lotsinnen und einer Koordinatorin startend wurde das Projekt sukzessive ausgebaut, sodass im Laufe der darauffolgenden drei Jahre weitere sechs Lots*innen eingestellt werden konnten. Aktuell sind es acht Lots*innen, die den Menschen im Bezirk mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auch das Angebot an Sprachen, die die Lots*innen beherrschen, hat sich erweitert: Zu den anfangs verfügbaren Sprachen Arabisch und Russisch sind nun Französisch, Persisch (Farsi/Dari), Pashtu, Urdu und Hindi hinzugekommen.

Unter den zuletzt zum Team hinzugestoßenen Lots*innen ist unter anderem Herr Khan, der als Dolmetscher für die deutsche Bundeswehr in Afghanistan gearbeitet hat, und selbst zwei Jahre zuvor nach Deutschland eingereist ist. Innerhalb dieser zwei Jahre hat er die deutsche Sprache erlernt und ist nun selbst für die Geflüchteten da, die aus dem Sprachraum Afghanistan, Iran, Pakistan und Indien zu uns gekommen sind. Und wie das Leben so spielt, ist er neuerdings unter anderem in der Unterkunft als Sprachmittler tätig, in der er selbst noch vor einiger Zeit gelebt hat.

Der gewachsenen Zahl an Lots*innen stehen aber auch stetig wachsende Herausforderungen gegenüber: Mit der immer größer werdenden Zahl an Geflüchteten, die in den letzten Jahren nach Deutschland und nach Berlin gekommen sind, ist auch die Zahl der Hilfebedürftigen stark gestiegen, und die Lots*innen des NUSZ waren und sind nach wie vor sehr gefordert. Die Schwerpunkte ihrer niedrigschwelligen Verweisberatung sind Fragen rund um den Aufenthalt, Finanzen (Sozialamt, JobCenter), (sozial-) rechtliche Fragen (Rechtsanwalt, Krankenversicherung) und Bildung und Erziehung (Schul- und Kitasuche, Sprachmittlung bei Elterngesprächen an Schulen und Kitas, KJGD). Deshalb finden viele Begleitungen zur Sprachmittlung zu den entsprechenden Ämtern und Behörden statt.

Wegen der großen Zahl an Anfragen ist es umso wichtiger, arbeitserleichternde Rahmenbedingungen für die Lots*innen zu schaffen. Dazu gehören Vor-Ort-Sprechstunden, in denen die Kolleg*innen unkompliziert und gewissermaßen „direkt am Geschehen“ wirken können. Der ein oder andere zeitaufwändige Behördenweg bleibt so erspart, da Fragen und Missverständnisse direkt geklärt werden können. Derzeit sind die Lots*innen des NUSZ in drei Gemeinschafts- bzw. Notunterkünften im Bezirk Tempelhof ein- bis zweimal in der Woche und unterstützen vor Ort die Sozialarbei-

ter*innen sprachlich bei der Kommunikation mit den Bewohner*innen. Außerdem sind die Lots*innen des NUSZ an zwei Vormittagen in der Woche im JobCenter Tempelhof und an einem Vormittag bei der Erstantragstelle am Lorenzweg. In dieser Zeit steht ihnen ein Raum zur Verfügung, und die Lots*innen sind für alle ansprechbar, die Unterstützung brauchen.

Zum Alltag der Lots*innen gehört es auch, dass sie oft sehr schnell und flexibel reagieren müssen: So berichtet Frau Tahoun, eine der fünf engagierten Arabisch sprechenden Lotsinnen des NUSZ, wie sie sehr kurzfristig gebeten wurde, aufgrund eines Vorfalls für ein Elterngespräch in eine Kita zu kommen. In diesem Gespräch hatten die Erzieherinnen das erste Mal überhaupt die Möglichkeit, sich mit sprachlicher Unterstützung der Lotsin intensiv mit den Eltern des Kindes auszutauschen und mehr von ihnen zu erfahren. Sie waren sehr bewegt von der Fluchtgeschichte der Familie. Dieses aufklärende Gespräch der Erzieherinnen mit den Eltern führte zu einer deutlichen Entspannung der gesamten Situation: Die Erzieherinnen konnten besser auf die Bedürfnisse des Kindes eingehen, und das Kind ist seitdem deutlich ausgeglichener. Auch die Eltern machten bei einem Folgegespräch einen entspannteren Eindruck, wussten sie doch, dass sie mit ihren Ängsten und Sorgen wahrgenommen werden und alle Beteiligten zum Wohle des Kindes handeln. Seit diesem Gespräch ist die Lotsin regelmäßig in der Kita, und bei jedem Besuch wird „Tante Amina“ stürmisch von dem Kind begrüßt, das die Lotsin jedes Mal von Neuem mit dem stetig wachsenden Wortschatz überrascht.



Telefon:
(030) 75 50 31 72

Beratungssprachen:

Arabisch, Französisch, Russisch, Persisch (Farsi/Dari), Pashtu, Urdu, Hindi, Deutsch

Kontaktdaten:

Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum
in der ufafabrik e.V.
Viktoriastraße 13
12105 Berlin

Internet:
<https://www.nusz.de>

Kontakt zum Landesrahmenprogramm

Katharina Thanner
Landesrahmenprogramm
Integrationslotsinnen und Integrationslotsen
Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Telefon: (030) 9017 2354
Fax: (030) 9017 2320

E-Mail: Katharina.Thanner@intmig.berlin.de

Internet:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/integrationslotsinnen/>

Amerika-Gedenkbibliothek:

BIBLIOTHEKSFÜHRUNGEN IN ARABISCH

Ab sofort bietet die ZLB an ihrem Standort Amerika-Gedenkbibliothek auch Führungen in arabischer Sprache an. Für die Führung ist keine Anmeldung erforderlich, Interessierte treffen sich jeweils freitags* um 15.00 Uhr im Foyer der Bibliothek. Geführt wird durch eine syrische Bibliothekarin.

Die nächsten Termine

Freitag, 30.06. und 14.07., 21.07., 28.07., jeweils 15.00 Uhr

Treffpunkt: Foyer der Amerika-Gedenkbibliothek, Blücherplatz 1, 10961 Berlin

(Bus: M41 | 248

U: Hallesches Tor, Mehringdamm)

*Achtung, die Führungstermine sind nicht ganz regelmäßig, es gibt Freitage, da kann keine Führung stattfinden

Arabische Info im Internet:

<https://www.zlb.de/kalender-detail/kalender/fuehrung-auf-arabisch-1.html>

Kontakt

Amerika-Gedenkbibliothek
Blücherplatz 1
10961 Berlin

Servicetelefon: (030) 90226-401

E-Mail: info@zlb.de

Internet: <http://www.zlb.de>

Kreuzberg, FHXB Museum: FÜHRUNGEN

Kostenlose Angebote für NeuBerliner*innen

Ab sofort bietet das FHXB Museum kostenlose Führungen durch das Museum und den Bezirk für geflüchtete Kinder und Erwachsene in einfacher deutscher Sprache, englisch, türkisch und arabisch an.

Wer Interesse an den Themen deutsch-deutsche Geschichte, Stadtentwicklung und Migration hat, meldet sich einfach unter fuehrungen@fhxb-museum.de oder der (030) 505852-45.

Das Angebot gilt für Willkommens- und Integrationsklassen verschiedener Altersgruppen sowie für Teilnehmer*innen von Integrations- und Sprachkursen und Einzelpersonen.

Kontakt

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg
Fachbereich Kultur und Geschichte

FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum
Adalbertstraße 95A
10999 Berlin-Kreuzberg
Tel.: (030) 50 58 52 33
Fax: (030) 50 58 52 58

E-Mail: info@fhxb-museum.de
Internet: <http://www.fhxb-museum.de>

„Refugees – Willkommen in der Ausbildung“ MEHR ALS 1000 BESUCHER AUF DER AUSBILDUNGSMESSE FÜR GEFLÜCHTETE MENSCHEN

Zum zweiten Mal hat heute die Ausbildungsmesse „Refugees – Willkommen in der Ausbildung“ im Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit Berlin Mitte in Berlin stattgefunden. Mehr als 1.000 Besucher vornehmlich aus Syrien, Iran und Afghanistan, haben sich über 250 offene Ausbildungsangebote informiert. Ziel der alljährlich ausgerichteten Messe ist die Vermittlung von Ausbildungsplätzen an Geflüchtete, um dadurch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration weiter voranzubringen. Veranstalter der Messe sind das BWK Bildungswerk in Kreuzberg, die KAUSA-Servicestelle Berlin, die Agentur für Arbeit Berlin Mitte und der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg.

Die Ziele von KAUSA sind es, Selbstständige mit Migrationshintergrund für die Berufsausbildung zu gewinnen, die Ausbildungsbeteiligung von jungen Migranten und Flüchtlingen zu erhöhen sowie Eltern über die berufliche Ausbildung informieren. KAUSA ist Teil des

Förderprogramms JOBSTARTER und wird finanziert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Thomas Sondermann, Leiter der Unterabteilung Berufliche Bildung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ist zuversichtlich: „Mit der KAUSA Servicestelle Berlin schaffen wir es, eine Vielzahl junger Flüchtlinge in die berufliche Aus- und Weiterbildung zu integrieren. Dadurch erhöhen wir die Chancen auf eine dauerhafte berufliche und soziale Teilhabe in Deutschland.“

Staatssekretär für Arbeit und Soziales in der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Alexander Fischer, sieht in der Messe eine Chance: „Ausbildungsmessen gibt es in Berlin in größerer Zahl und in völlig unterschiedlichen Dimensionen und für unterschiedliche Zielgruppen. Wenige dieser Ausbildungsmessen widmen sich der Zielgruppe geflüchteter Menschen. Die Ausbildungsmesse „Refugees – Willkommen in der Ausbildung“ ist eine dieser Ausbildungsmessen. Dabei hat sie erkannt, dass es bei der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen nicht allein darauf ankomme, Geflüchtete und Unternehmen zusammen zu bringen, sondern dass auf beiden Seiten eine Reihe offener Fragen bestehen, die beantwortet werden müssen.“

Bernd Becking, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg ist überzeugt: „Ausbildung und Arbeit sind die Schlüssel zur Integration. Bereits 1000 junge Geflüchtete sind qualifizierte und motivierte Bewerber für eine duale Ausbildung in Berlin. Unsere Beratungen tragen damit erste Früchte. Wenn die Berliner Wirtschaft jetzt die Chance nutzt und jetzt in Ausbildung investiert, wird sie ihre Investition bald ernten. Hier auf der Ausbildungsmesse machen wir konkrete Angebote. Bestehende Herausforderungen gehen wir so gemeinsam mit unseren Arbeitsmarktpartnern an und finden die notwendigen Lösungen“, sagte Bernd Becking, Leiter der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, bei der Eröffnung der Ausbildungsmesse „Refugees – Willkommen in der Ausbildung“ heute (8. Juni) in Berlin.

Ayşe Demir, Sprecherin des Türkischen Bunds Berlin Brandenburg, zur Messe: „Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, geflüchtete Menschen schnellstmöglich in unsere Gesellschaft aufzunehmen. Hierzu gehört es auch, ihnen Zugang zu Ausbildung und Arbeit zu verschaffen, sodass sie ihre Potentiale einbringen können. Wir freuen uns daher sehr, dass es auch in diesem Jahr wieder gelungen ist, geflüchtete Menschen mit engagierten Ausbildungsbetrieben zusammenzubringen und Ausbildungsplätze zu vermitteln.“

Nihat Sorgeç, Geschäftsführer des BWK Bildungswerks in Kreuzberg meint: „Circa die Hälfte der Geflüchteten sind im ausbildungsreifen Alter. Die Integration dieser Menschen kann nur gelingen, wenn wir die notwendige Unterstützung, einen Ausbildungsplatz zu finden, ge-

ben können. Dadurch können wir sowohl den vorhandenen Fachkräftebedarf abdecken als auch dafür Sorge tragen, dass die geflüchteten Menschen in unserer Gesellschaft ankommen.“

[PM BA v. 08.06.2017; RED]

Aus dem Landespressedienst

01.06.2017, 10:00 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

„RESPEKT? JA, BITTE!“

KOMMT IN DIE BERLINER KINOS

Ab heute wirbt ein Kinospot in allen 51 werbefähigen Berliner Kinos für mehr Respekt und weniger Gewalt gegenüber Einsatzkräften der Polizei, der Feuerwehr und der Ordnungsämter in Berlin. Der Spot ist Teil der Kampagne „Respekt? Ja, bitte!“, initiiert von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Sie wird in diesem Jahr auf die Lehrkräfte erweitert, die ebenfalls zunehmend von Gewalt am Arbeitsplatz betroffen sind.

Innensenator Andreas Geisel sagte dazu: „Was eigentlich normal sein müsste, nämlich der Respekt vor den Anderen, ist heute keineswegs mehr selbstverständlich. Immer wieder werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei, der Feuerwehr und des Ordnungsamtes in Berlin bei ihrer Arbeit bedroht, beleidigt und auch körperlich angegriffen. Erschreckend ist, dass sogar die Feuerwehr während ihrer Rettungseinsätze behindert und attackiert wird. Das dürfen wir nicht so einfach hinnehmen. Der Kinospot soll das Bewusstsein schärfen für die Leistungen der Menschen, die sich für unsere Sicherheit stark machen. Sie gehören zu uns und verdienen den größtmöglichen Respekt.“

Den Spot können Sie sehen unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=N9kSO6g7oEw&feature=youtu.be>

Weitere Informationen erhalten Sie unter <https://www.berlin.de/lb/lkbgg/praevention/gewalt-und-kriminalitaetspraevention/artikel.520816.php>

oder bei der

Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Klosterstraße 47, 10179 Berlin

Frau Vialet

Telefon: (030) 90223- 2910

E-Mail: ute.vialet@seninnds.berlin.de

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-2732

02.06.2017, 10:00 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

„Jung, geflüchtet, offen für die Zukunft“ –

DIE LANDESKOMMISSION BERLIN

GEGEN GEWALT LOBT DEN

BERLINER PRÄVENTIONSPREIS 2017 AUS

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt schreibt in diesem Jahr zum 18. Mal den Berliner Präventionspreis aus. Mit der Verleihung dieses Preises will das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin besondere Leistungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention würdigen und unterstützen. Der Berliner Präventionspreis widmet sich in diesem Jahr der Frage, wie man junge Geflüchtete erfolgreich stärken und in die aufnehmende Gesellschaft integrieren kann.

„Die Präventionsarbeit ist für ein friedliches Zusammenleben in Berlin sehr wichtig. Durch das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürgern ist es gelungen, zahlreichen jungen Geflüchteten in Berlin eine Perspektive zu geben“, so der Vorsitzende der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär Christian Gaebler.

An der Ausschreibung des Berliner Präventionspreises können sich Berliner Institutionen, Projekte und ehrenamtliche Initiativen beteiligen. Die Bewerbungsfrist zur Einsendung der Bewerbungsunterlagen endet am 20. Juni 2017.

Insgesamt ist der Präventionspreis mit 15.000 Euro dotiert. Zusätzlich werden drei Sonderpreise in Höhe von jeweils 1.000 Euro von der SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG, der Unfallkasse Berlin und der BB Bank eG gestiftet.

Die ausgewählten Projekte werden im Rahmen des Berliner Präventionstages am 21. September 2017 vorgestellt.

Weitere Informationen sowie Bewerbungsunterlagen erhalten Sie unter <http://www.berlin-gegen-gewalt.de> und bei der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Tel.: 90223-2913/2040/2919).

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-31/-32

06.06.2017, 16:23 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MÜLLER UND KLITSCHKO UNTERZEICHNEN

PARTNERSCHAFTSERKLÄRUNG ZWISCHEN

KIEW UND BERLIN

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, und der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko

haben anlässlich des zweitägigen Besuchs des Regierenden Bürgermeisters in der Hauptstadt der Ukraine eine Partnerschaftserklärung für eine noch engere Zusammenarbeit unterzeichnet.

Beide Städte stehen vor ähnlichen Herausforderungen und sind in vielerlei Hinsicht – zum Beispiel der Größe – vergleichbar. Deshalb bestehen eine Menge Anknüpfungspunkte. In der Erklärung wird der gemeinsame Wille unterstrichen, die Zusammenarbeit in vielen unterschiedlichen Bereichen, zum Beispiel Kunst, Kultur, Verwaltung und Tourismus zu verstärken. Auch ist eine Zusammenarbeit großer Metropolen von großer Bedeutung für Europa.

Michael Müller zum Treffen mit Vitali Klitschko:

„Die enge partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Städten Europas leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Freiheit. Ich freue mich sehr, im Bürgermeister der Stadt Kiew einen so leidenschaftlichen Fürsprecher für Europa zu finden. Gemeinsam werden wir auf vielen unterschiedlichen kommunalpolitischen Ebenen daran arbeiten, voneinander zu lernen und miteinander zu arbeiten. Viele gemeinsame Projekte sind bereits begonnen. Diese Beziehungen erhalten mit unserer partnerschaftlichen Erklärung zur Zusammenarbeit ein festes Fundament.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

13.06.2017, 13:07 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

BERICHT ÜBER WOHNUNGSNEUBAU DER LANDESEIGENEN WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFTEN VORGELEGT

Aus der Sitzung des Senats am 13. Juni 2017:

Der Berliner Senat hat zahlreiche miet- und wohnungspolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht, um leistbaren Wohnraum für alle Berlinerinnen und Berliner zu schaffen. So soll Verdrängung verhindert und die Berliner Mischung in der Mieterschaft erhalten bleiben. Eine zentrale Rolle kommt in diesem Zusammenhang den sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zu. Ihre Aktivitäten beim Wohnungsneubau tragen zu einer direkten Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes bei. Das geht aus einem Bericht an das Abgeordnetenhaus hervor, den der Senat heute auf Vorlage der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, beschlossen hat.

Senatorin Lompscher: „Die landeseigenen Gesellschaften sind bei der Wohnraumversorgung unsere wichtigsten Partner. Sie sind wirtschaftlich gut aufgestellt und deshalb in der Lage, den wachsenden Neubaubedarf zu befriedigen. Das Land Berlin unterstützt die Wohnungsbaugesellschaften zum Beispiel durch die Über-

tragung von landeseigenen Grundstücken aktiv bei dieser wichtigen Aufgabe.“

Dem Berliner Abgeordnetenhaus wird jährlich über die Schaffung von Wohnraum durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften berichtet. Der heute vorgelegte 2. Bericht stellt die Aktivitäten der sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften im Zeitraum von 2013 bis 2016 dar.

Mit Stand Dezember 2016 teilten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften dem Senat insgesamt 320 Wohnungsneuvorhaben mit. Im Rahmen dieser Vorhaben entstehen insgesamt ca. 36.000 Wohnungen. Das sind durchschnittlich ca. 6.000 Wohnungen pro Wohnungsbaugesellschaft. Für den Berichtszeitraum wurde der Baubeginn von über 10.000 Wohnungen gemeldet. Die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen belief sich bis Ende 2016 auf insgesamt 2.799.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Telefon: (030) 90139-4040

13.06.2017, 13:06 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

GEFLÜCHTETE MIT BLEIBEPERSPEKTIVE HABEN ZUKÜNFTIG ANSPRUCH AUF EINEN WOHNBERECHTIGUNGSSCHEIN

Aus der Sitzung des Senats am 13. Juni 2017:

Der Senat hat heute – nach Stellungnahme durch den Rat der Bürgermeister - die von der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, vorgelegten Ausführungsvorschriften zur Antragsberechtigung für einen Wohnberechtigungsschein (WBS) von Geflüchteten mit Bleibeperspektive beschlossen. Das betrifft Geflüchtete

- mit subsidiärem Schutz (d.h. Menschen, die stichhaltige Gründe dafür vorbringen, dass ihnen in ihrem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht, z.B. wegen der Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder unmenschlicher Behandlung oder wegen einer ernsthaften Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson aufgrund eines bewaffneten Konflikts in ihrem Herkunftsland),
- mit Flüchtlingseigenschaft (d.h. Menschen, die aus begründeter Furcht vor Verfolgung von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe geflohen sind) und
- mit Asylberechtigung (d.h. Menschen, die politisch verfolgt werden und im Falle der Rückkehr in ihr Herkunftsland einer schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung ausgesetzt sein werden).

- Durch die Ausführungsvorschriften wird verbindlich geregelt, dass alle zwölf Bezirke Berlins diesen Geflüchteten bereits bei Vorlage entsprechender Bescheinigungen von der Berliner Ausländerbehörde und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Wohnberechtigung im Sinne eines WBS anerkennen.

Der Senat gewährleistet so ein einheitliches Verwaltungshandeln der Berliner Wohnungsämter.

Senatorin Lompscher: „Die Ausführungsvorschriften sind wichtig für die schnelle Integration von Geflüchteten mit Bleibeperspektive in Berlin. Dadurch können diese Geflüchteten schnell und in allen Bezirken einen WBS beantragen und eine Sozialwohnung suchen und beziehen. Angemessenes Wohnen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Stadt wirklich ankommen und ein neues Zuhause finden können.“

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Telefon: (030) 90139-4040

13.06.2017, 10:00 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

BERLIN SCHAFFT BLEIBERECHTSREGELUNG FÜR OPFER VON HASSKRIMINALITÄT

Innensenator Andreas Geisel hat die Berliner Ausländerbehörde angewiesen, das Aufenthaltsrechts so anzuwenden, dass Opfer rechter Gewalt stärker geschützt werden. Dies teilte Geisel am Rande der Innenministerkonferenz in Dresden mit.

Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer und ihren nahen Familienangehörigen, die erheblicher – insbesondere rechtsmotivierter – Hasskriminalität ausgesetzt waren, sollen daher im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten eine Bleibeperspektive in Deutschland erhalten. Die Regelung gilt ab sofort.

Andreas Geisel sagte dazu: „Menschen, die in unserem Land Schutz und Hilfe suchen, müssen diese auch bekommen. Den Tätern muss klar gemacht werden, dass ihre Straftaten zu nichts führen und genau das Gegenteil dessen bewirken, was sie vielleicht im Kopf haben. Menschen, die durch Gewalt aus unserem Land vertrieben werden sollten, können stattdessen bleiben. Ich begrüße es sehr, dass zwischen Ausländerbehörde, Polizei und Staatsanwaltschaft ein entsprechendes Verfahren verabredet werden konnte.“

Dieses Verfahren sieht vor, dass den Opfern von Gewaltstraftaten im Zusammenhang mit Hasskriminalität mit erheblichen Folgen – einschließlich ihrer Familienangehörigen – für die Dauer des Strafverfahrens Duldungen erteilt werden. Im Anschluss daran soll für die Betroffenen je nach Ausgang des Verfahrens die Ertei-

lung einer Aufenthaltserlaubnis im Härtefallverfahren angestrebt werden.

Unter Gewaltstraftaten sind nach der bundeseinheitlichen Definition in der polizeilichen Kriminalstatistik folgende Straftatbestände zu verstehen: Körperverletzungen, versuchte Tötungsdelikte, Brand- und Sprengstoffdelikte, Freiheitsberaubung, Raubdelikte, Erpressung, Delikte des Landfriedensbruchs sowie (versuchte) Sexualdelikte.

Bei Hasskriminalität handelt es sich um Straftaten, die durch gruppenbezogene Vorurteile motiviert sind (fremdenfeindlich und antisemitisch motivierte sowie gegen bestimmte Gruppen auf Grund ihrer Religion, ihres sozialen Status, physischer und/psychischer Behinderungen oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität und äußerem Erscheinungsbild gerichtete Straftaten).

Von erheblichen Folgen ist immer dann auszugehen, wenn die erlittenen Verletzungen über eine ambulante medizinische Versorgung hinausgegangen sind und/oder therapiebedürftige psychische Folgewirkungen ausgelöst haben.

Die Regelung findet keine Anwendung, wenn zum Beispiel im Laufe des Strafverfahrens festgestellt wird, dass die Betroffenen ihre Opferrolle selbst herbeigeführt haben bzw. selber dafür verantwortlich gewesen sind. Rechtskräftig verurteilte und/oder von der Polizei als besonders gefährlich eingeschätzte Personen, die im Verdacht stehen, Straftaten von erheblicher Bedeutung (gemäß § 100 a StPO) zu begehen, und für die eine auf § 54 Abs. 2 Nr. 9 Aufenthaltsgesetz gestützte Ausweisung in Betracht kommen, fallen ebenfalls nicht unter die Regelung.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-31/-32

13.06.2017, 13:04 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

BERLIN FÜR SELBSTBESTIMMUNG UND AKZEPTANZ SEXUELLER VIELFALT

Aus der Sitzung des Senats am 13. Juni 2017:

Der Senat hat heute den vom Senator für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Dr. Dirk Behrendt, vorgelegten Bericht an das Abgeordnetenhaus über Maßnahmen im Berliner öffentlichen Dienst im Rahmen der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ beschlossen.

Senator Dr. Behrendt: „Der heutige Beschluss des Senats ist ein wichtiges Signal für die Stärkung der Akzeptanz von sexueller Vielfalt in der Berliner Verwaltung. Er ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen und umfassenden Diversity-Konzept. Wir setzen

uns für Akzeptanz ein und wollen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität, in unserer Stadt selbstbestimmt leben und auch arbeiten können. Gerade der Ausbau von Schulungs- und Fortbildungsangeboten zum Umgang mit sexueller Vielfalt, insbesondere für Führungskräfte, ist von großer Bedeutung für eine moderne und inklusive Verwaltung.“

Der Bericht dokumentiert Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im öffentlichen Dienst des Landes Berlin. Der Senat wird seine Anstrengungen in diesem Bereich weiter stärken. Bis 2019 soll im Rahmen eines partizipativen Prozesses eine Diversity-Gesamtstrategie für die Berliner Verwaltung erarbeitet werden. Daran werden alle Verwaltungen und auch Expertinnen und Experten aus der Zivilgesellschaft beteiligt. Eine solche Gesamtstrategie soll einheitliche Ziele und Verfahrensschritte zur Berücksichtigung von Vielfalt in der Verwaltung festlegen. Es sollen so verschiedene Diversity-Aktivitäten der Verwaltungen systematisch aufeinander abgestimmt und ihr Erfolg durch ein regelmäßiges Monitoring überprüfbar werden.

Rückfragen: Pressesprecherin der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung, Telefon: (030) 9013-3633

14.06.2017, 12:00 Uhr – Senatsverwaltung für Inneres und Sport

„KEINE WAFFEN IN DIE HÄNDE VON EXTREMISTEN“

In Deutschland gibt es schätzungsweise 12.600 so genannte Reichsbürger und Selbstverwalter. Von ihnen geht zunehmend Gewalt bis hin zu Tötungsdelikten aus. In diesem Zusammenhang wurde auf der Innenministerkonferenz in Dresden auch die Frage des legalen und illegalen Waffenbesitzes diskutiert. Mehrere Bundesländer, darunter auch Berlin, haben ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass auf Bundesebene noch immer keine Regelung geschaffen wurde, nach der die Waffenbehörden durch eine Regelanfrage bei den Verfassungsschutzbehörden, Kenntnis darüber erhalten sollen, ob eine Person als Extremist eingestuft ist, die eine Waffe besitzt oder einen Besitz anstrebt.

Der für den Berliner Verfassungsschutz zuständige Innenstaatssekretär Torsten Akmann sagte dazu: „Ich halte eine solche Weigerung für fahrlässig. Menschen, die sich öffentlich gegen unseren Staat aussprechen und dies auch mit Waffengewalt unterstreichen, dürfen keine Waffen bekommen. Ich halte eine Regelanfrage für absolut notwendig und hoffe, dass sich diese Einsicht auch bei den CDU-geführten Ländern und dem Bund durchsetzen wird.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-31/-32

16.06.2017, 17:43 Uhr – Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Müller zum Tode von Helmut Kohl: „BERLIN TRAUERT UM SEINEN EHRENBÜRGER“

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat mit großer Betroffenheit und Trauer auf die Nachricht vom Tode Helmut Kohls reagiert, der am Freitag im Alter von 87 Jahren gestorben ist.

Müller: „Die Berlinerinnen und Berliner werden nie den Anteil vergessen, den Helmut Kohl an der friedlichen Wiedervereinigung und damit letztlich auch an der Einheit Berlins hatte. Aus diesem Grund verliehen ihm Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin am 9. November 1992 die Ehrenbürgerwürde Berlins, gemeinsam mit weiteren Architekten der deutschen Einheit wie Ronald Reagan und Michail Gorbatschow. Diese Erfahrung – der Aufbruch nach dem Fall der Mauer ebenso wie der Prozess des inneren Zusammenwachsens – gehört zu den Schlüsselerlebnissen meiner Generation, die wir nicht vergessen werden und die uns antreibt, uns auch in Zukunft für ein einiges und demokratisches Europa stark zu machen. Helmut Kohl hat sich um Deutschland und seine Hauptstadt verdient gemacht. Wir denken an diesem Tag daher auch daran, dass er stets an Berlin als Hauptstadt festgehalten und sich in der Debatte um den Sitz von Parlament und Regierung klar zum Umzug nach Berlin bekannt hat. Wir werden ihn nicht vergessen und ihm ein ehrendes Angedenken bewahren.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

16.06.2017, 15:05 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Müller zum Aufruf für einen Tag der offenen Gesellschaft: „FREIHEIT UND DEMOKRATIE GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF“

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, erklärt zum Aufruf für einen Tag der offenen Gesellschaft am 17. Juni durch die Initiative „Die offene Gesellschaft“:

„Ich unterstütze sehr gerne den Aufruf der Initiative ‚Die offene Gesellschaft‘, die in Zusammenarbeit mit der Diakonie den 17. Juni zum Tag der offenen Gesellschaft und damit zu einem Tag des Miteinander, der Offenheit und der demokratischen Kultur macht. Es gibt kein schöneres Symbol für unsere Demokratie als ei-

nen gedeckten Tisch, an dem jede und jeder Platz nehmen kann, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Die offene Gesellschaft und auch Berlin als ‚Stadt der Freiheit‘ leben von Begegnung, Offenheit und Toleranz. Der 17. Juni steht historisch ganz besonders für den Wunsch nach Freiheit und nach einer demokratischen Gesellschaft und für den Kampf um Freiheit. Bis heute lehrt uns der 17. Juni, dass Freiheit erkämpft werden muss. Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif. Für die Freiheit muss man auf die Straße gehen und sich zeigen. Genau das praktiziert die Initiative seit 2015 jedes Jahr: Tische und Stühle werden rausgestellt, Freundinnen, Freunde, Nachbarn und Fremde eingeladen und dann wird gemeinsam unsere Demokratie gefeiert.“

Die Initiative „Die offene Gesellschaft“ entstand im Herbst 2015. Auf über 400 Veranstaltungen wurden bisher über 10.000 Menschen erreicht. In der Initiative sind Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen engagiert. Zu ihren Partnern gehören u.a. die Open Society Foundation, die Robert Bosch Stiftung, die Bertelsmann-Stiftung, die Stiftung Futurwei und die Diakonie.

Auf der Website können sich Bürgerinnen und Bürger informieren und anmelden, um selbst aktiv zu werden: <https://www.die-offene-gesellschaft.de>.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

19.06.2017, 10:30 Uhr
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
BERLIN FLAGGT BUNT

In diesem Jahr findet der Christopher-Street-Day (CSD) am 22. Juli 2017 statt. Symbol dieses Tages ist die Regenbogenfahne. Da es sich bei der Regenbogenfahne nicht um eine hoheitliche Flagge handelt, ist für eine entsprechende Beflaggung von Dienstgebäuden nach § 5 Satz 1 der Beflaggungsverordnung die Zustimmung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport erforderlich. Innensenator Andreas Geisel hat für die Tage vom 15. bis 22. Juli 2017 die allgemeine Zustimmung erteilt und heute eine entsprechende Verfügung verschickt.

„Natürlich zeigt Berlin auch in diesem Jahr wieder Flagge. Und nicht nur an einem Tag, sondern eine ganze Woche. Das ist wichtig in Zeiten, in denen Gewalt, Hass und Homophobie immer offener um sich greifen. Die Farben des Regenbogens spiegeln die Kraft der Vielfalt wider. Wir tun gut daran, diese Kraft immer wieder zu betonen. Die sichtbar wehende Regenbogenfahne bedeutet: Wir stehen auf für Vielfalt, Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung jedes einzelnen Menschen“, sagte Andreas Geisel.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird ihr Dienstgebäude in der Klosterstraße ab Beginn des lesbisch-schwulen Stadtfestes am 15. Juli 2017 bis zur CSD-Parade am 22. Juli 2017 mit der Regenbogenfahne beflaggen.

An allen Dienststellen der Polizei und Feuerwehr sowie des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten werden am 22. Juli 2017 Regenbogenfahnen wehen.

Die Verfügung wurde heute an die Senatskanzlei, die Senatsverwaltungen, die Bezirksämter von Berlin, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, die Präsidentin des Rechnungshofes, die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung, die BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH verschickt.

Alle Dienststellen und sonstigen Einrichtungen des Landes Berlin und der seiner Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können somit ohne weitere Zustimmung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport an ihren Gebäuden eine Woche lang die Regenbogenfahne hissen.

Die Zustimmung gilt für den Zeitraum vom 15. bis 22. Juli 2017 mit Ausnahme des 20. Juli 2017, an dem anlässlich des Jahrestages zum Gedenken an den 20. Juli 1944 hoheitliche Beflaggung vorzusehen ist.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-31/-32

20.06.2017, 13:02 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
BERLIN WÄCHST WEITER

Bevölkerungsprognose geht von mehr als 180.000 Neu-Berlinerinnen und Berlinern bis zum Jahr 2030 aus

Aus der Sitzung des Senats am 20. Juni 2017:

Der Senat hat heute die von der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, vorgelegte Evaluation der Bevölkerungsprognose für Berlin 2015 - 2030 beschlossen. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass Berlin bis 2030 voraussichtlich um weitere 181.000 Personen wächst. Ein Teil dieses Wachstums speist sich aus Flüchtlingszuwanderungen. Neben den bereits in der Bevölkerungsprognose enthaltenen Annahmen zur Flüchtlingsentwicklung ist die Bedarfsprognose der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales relevant. Bis 2020 sind zusätzlich, neben der bisherigen Bevölkerungsprognose, weitere 24.000 Flüchtlinge zu berücksichtigen. Diese sind in dem erwarteten Wachstum von 181.000 Personen bis 2030 enthalten.

Mit der Evaluation wird die mittlere Variante der aktuellen Bevölkerungsprognose, die im Februar 2016 vom Senat beschlossen wurde, als Arbeits- und Planungsgrundlage für die Fachverwaltungen und Bezirke bestätigt. Die Bedarfsprognose der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist zusätzlich für die Planungen zu berücksichtigen.

Senatorin Lompscher: „Berlin hat sich in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten europäischen Metropolen entwickelt. Die Stadt bietet eine hohe Lebens- und Wohnqualität und ist damit Anziehungspunkt für Unternehmen und für Menschen aus allen Bevölkerungsschichten. Auch als Besuchsziel ist Berlin für Millionen ein Sehnsuchtsort. Um die hohe Lebensqualität zu sichern und zu steigern, benötigt die wachsende Stadt nachhaltige Konzepte für Wohnen, Arbeiten und Mobilität.“

Das erwartete Wachstum von mehr als 180.000 Personen bis zum Jahr 2030 entspricht etwa der Größe Saarbrückens. Um Berlin als lebenswerten Ort zu erhalten, werden derzeit die strategischen Stadtentwicklungsplanungen aktualisiert. Unter anderem schafft der Stadtentwicklungsplan Wohnen die Voraussetzungen, den Bestand zu qualifizieren und Flächenvorsorge für Wohnungsneubau zu betreiben. Auch die Arbeiten an den elf neuen Stadtquartieren stellen sicher, dass Berlin in Zukunft ein lebenswerter Ort für alle bleibt.

Die Evaluation der Bevölkerungsprognose wird dem Abgeordnetenhaus und dem Rat der Bürgermeister zur Kenntnis gegeben. Ergebnisse finden Sie unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/>

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Telefon: (030) 90139-4040

21.06.2017, 12:24 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Müller in Montreal:

„EINE KLARE UND STARKE BOTSCHAFT SENDEN – WIR FREUEN UNS, DIE EINWANDERER WILLKOMMEN ZU HEIßEN“

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat in der kanadischen Metropole Montreal mit seinem Montrealer Amtskollegen Denis Coderre und dem Bürgermeister von Buenos Aires, Horacio Rodriguez Larreta, an einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung teilgenommen. Debattiert wurde die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Städten durch erfolgreiche Integration von Zuwandererinnen

und Zuwanderern. Müller hält sich derzeit zur Teilnahme am Metropolis-Kongress in Montreal auf

Müller forderte in seinem Redebeitrag zur Integrationspolitik: „Wir müssen die Allianz zwischen den verschiedenen Stakeholdern, den Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden, nutzen. Wir müssen eine klare und starke Botschaft senden: Wir freuen uns, die Einwanderer willkommen zu heißen.“ In der Debatte benannten Diskutanten aus aller Welt, darunter auch Redner aus Mexiko-City und Montreal, Erfolge und Defizite der Integration. Der Regierende Bürgermeister berichtete über die Flüchtlinge, die nach 2015 nach Berlin gekommen sind, und beschrieb die Instrumente, die Berlin zur erfolgreichen Integration einsetzt.

Der Regierende in der Diskussion: „Ich bin sehr dankbar für die Gespräche und für diesen Austausch, denn Berlin hat bereits viele Menschen integriert, aber wir haben auch noch viel vor uns. Das kann uns noch besser gelingen, wenn wir bisherige Erfolge miteinander teilen, so wie wir das heute tun. Die Ebene der Bürgermeister ist genau die richtige, denn wir werden auf unserer Ebene jeden Tag unmittelbar mit den Problemen misslingender Integration konfrontiert. In unseren Gemeinden leben Menschen auf engstem Raum zusammen. Das schafft und verstärkt Konflikte, die wir schneller erkennen und schneller bearbeiten müssen.“ Konsens bestand unter den Diskussionsteilnehmern darüber, dass Integration gelingen kann und dass sie einen wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung der Metropolen leistet. Übereinstimmung zeigte sich ferner darin, dass sich auch die Metropolen weltweit gemeinsam gegen Populismus und das Erstarken der extremen Rechten engagieren müssen.

Im Umfeld seiner Kongressteilnahme kam der Regierende Bürgermeisters mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Kanadas, der New Democratic Party, Thomas Mulcair, zusammen. Außerdem informierte sich Müller im Beisein des deutschen Generalkonsuls Walter Leuchs beim Leiter des Montrealer Zentrums für Radikalisierungsprävention, Herman Deparice-Okomba, über die Arbeit dieser Einrichtung. Müller: „Wir profitieren gegenseitig davon, Beispiele für best practice kennenzulernen wie in diesem Zentrum für vorbeugende Antiradikalisierungsarbeit. Natürlich funktioniert nicht alles, was in der einen Stadt funktioniert, auch in der anderen – aber die Erfahrung zeigt, dass sehr vieles eben doch sinnvoll auf andere Metropolen übertragen werden kann.“

Müller sprach auf der Metropolis-Konferenz über das Thema „Cities in Action: Urban Innovation and the Local Implementation of the Global Agendas“. Im Verlauf der Diskussion stellte Müller konkrete Integrationsprojekte in Berlin vor, darunter das Projekt BENN („Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“). BENN führt Geflüchtete und ihre Nachbarn zusammen. Müller: „Es gibt viele solcher Beispiele. Als Bürgermeister können wir dazu beitragen, dass erfolgreiche Projekte Aufmerksamkeit finden. Wir können vor allem dazu beitragen,

sie mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen zu bringen. Und wir können so ein Klima schaffen, in dem die Mutigen und Kreativen bestärkt werden, sich für Integration einzusetzen und in dem wir als Gesellschaft insgesamt Zuversicht gewinnen, dass die Aufgaben lösbar sind – nicht von heute auf morgen, aber Schritt für Schritt. Metropolis bietet mit der Policy Transfer Platform ein hervorragendes Instrument, um sich darüber auszutauschen.“

Ferner besuchte der Regierende Bürgermeister, der auch die Aufgaben eines Senators für Wissenschaft und Forschung wahrnimmt, die McGill Universität in Montreal und führte mit der Rektorin, Professorin Suzanna Fortier, sowie mit Vertreterinnen und Vertretern mehrerer Fachbereiche Gespräche über internationale Wissenschaftszusammenarbeit und über die konkrete Zusammenarbeit zwischen Montreal und Berlin. Am Dienstagmorgen war der Regierende Bürgermeister zudem mit dem Premierminister der Provinz Québec, Philippe Couillard, zu einem einstündigen Gespräch zusammengekommen.

Im Folgenden veröffentlicht das Senatspresseamt einige Links zu Presseberichten über die Montrealer Metropolis-Konferenz aus Kanada und Argentinien:

- National Observer:
<http://www.nationalobserver.com/2017/06/19/news/mayors-montreal-berlin-and-buenos-aires-deploy-plan-fight-extremists>
- Journal Métro:
<http://journalmetro.com/actualites/montreal/1157510/denis-coderre-soppose-aux-cv-anonymes/>
- <http://www.elintransigente.com/politica/2017/6/19/arreta-dias-cierre-lista-viaje-montreal-441675.html>
- <http://www.noticiasurbanas.com.ar/?noticia=larreta-esta-en-montreal>

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

21.06.2017, 13:05 Uhr
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
**SENATORIN BREITENBACH
ZUR BEABSICHTIGTEN SCHLIEßUNG
VON FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE
DURCH DEN BETREIBER GIERSO**

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach erklärt:

„Der Betreiber Gierso Boardinghouse Berlin GmbH hat mit Schreiben vom 19. Juni 2017 gegenüber dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) angekündigt, die Gemeinschaftsunterkünfte Goerzallee, Klingsorstraße, Rennbahnstraße, Soorstraße und Staakener Straße am Dienstag, den 27. Juni 2017, zu schließen. In den fünf Flüchtlingsunterkünften wohnen

gegenwärtig 905 Personen (Stand 20.06.2017, 9.00 Uhr).

Über die Abrechnung der Heimkosten hinaus macht der Betreiber weitere Forderungen gegenüber dem Landesamt geltend, die im Zusammenhang mit dem Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte stehen. Eine außergerichtliche Einigung über diese Forderungen konnte nicht erzielt werden, da die Forderungen entweder rechtlich nicht begründet sind, zurückgewiesen wurden oder sich aufgrund der Komplexität der Forderungen noch in der Prüfung durch das Landesamt befinden.

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten hat sich dazu entschlossen, die laufenden Betreiberverträge mit der Betreiberin fristlos, hilfsweise fristgerecht zu kündigen. Ein entsprechendes Kündigungsschreiben ist dem Betreiber heute zugestellt worden.

Die angedrohte Schließung der Objekte macht einen zumindest teilweisen Auszug der untergebrachten Personen zwingend erforderlich, da eine Betreuung der untergebrachten Personen ab kommenden Dienstag nicht mehr in allen Unterkünften gewährleistet ist und das Land Berlin kurzfristig weder einen Ersatzbetreiber beauftragen kann noch einen sofortigen Zugriff auf die Objekte hat.

Wir prüfen derzeit alle Optionen, wie die jetzt drohende Obdachlosigkeit verhindert werden kann.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und das LAF stehen mit den Bezirksbürgermeisterinnen und den Bezirksbürgermeistern in einem intensiven Austausch über die Notwendigkeit und den Ablauf des Auszuges.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-1135

23.06.2017, 14:39 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**MÜLLER UNTERSTÜTZT
LIBERALE BERLINER MOSCHEE**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister, Michael Müller, erklärt zur von Seyran Ates in Berlin gegründeten liberalen Moschee:

„Ich unterstütze das Vorhaben von Seyran Ates ausdrücklich. Das Bekenntnis zu Berlin als ‚Stadt der Freiheit‘, für die Toleranz, Liberalität und Offenheit unverzichtbar sind, schließt selbstverständlich Religionsfreiheit ein. Der liberale demokratische Rechtsstaat kennt keine Religionsbehörden, die Glaubensausübung reglementieren wollen. Solche Reglementierungen sind nachdrücklich abzulehnen. Das gilt umso mehr, wenn

solche Äußerungen dazu beitragen, Auseinandersetzungen anzuheizen, die ja bezüglich des wichtigen Engagements von Frau Ates und ihrer Gruppierung in unserer Stadt und ihrer muslimischen community bereits bis zu Morddrohungen eskaliert sind.“

Müller weiter: „Selbstverständlich sind innerhalb von Religionen Kritik und Auseinandersetzung zulässig, ja sogar erwünscht. Das entspricht unserem pluralistischen Verständnis von Glaubenswahrheiten, wie es das Grundrecht der Religionsfreiheit mit sich bringt. Darum ist es wichtig, dass wir uns in unserer Stadt dafür einsetzen, Räume zu schaffen, die Ort solcher Auseinandersetzungen sein können. Unsere Stadtgesellschaft zieht aber eine eindeutige Grenzlinie, wenn die Freiheit des Glaubens auch von Musliminnen und Muslimen durch Drohung und Gewalt eingeschränkt wird. Es ist Aufgabe unseres Staates und seiner Institutionen, die Freiheit der Religionsausübung seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

26.06.2017, 11:16 Uhr

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

BERLIN SCHLIEßT VEREINBARUNG MIT YAD VASHEM

Scheeres: Fortbildungen sind das Fundament für eine demokratische Erinnerungskultur

Heute unterzeichneten Bildungssenatorin Sandra Scheeres und Yossi Gevir, Director of Governmental and External Affairs, Yad Vashem, im Haus der Wannsee-Konferenz eine Gemeinsame Absichtserklärung zur Intensivierung der partnerschaftlichen Kontakte der Vertragspartner, die in regelmäßigen Fortbildungen für Lehrkräfte in Berlin und Jerusalem münden sollen.

„Mit der heutigen Unterzeichnung werden wir die gemeinsame Fortbildung von Lehrkräften und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung tätig sind, intensivieren. Vorgesehen sind jährliche Fortbildungsmaßnahmen in Jerusalem sowie in Berlin. Der direkte Austausch mit Israel ist von enormer Wichtigkeit für eine überzeugende Politik- und Geschichtsvermittlung“, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres. „Angesichts von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, die in unserer Gesellschaft und damit auch in unseren Schulen immer wieder zum Ausdruck kommen, sind die Förderung demokratischer Haltungen und das entschiedene Eintreten gegen Diskriminierung von Menschen von zentraler Bedeutung.“

„Den Holocaust zum Gegenstand des Unterrichts zu machen, ist heutzutage wichtiger denn je. Da die Generation der Zeitzeugen immer kleiner wird, obliegt es uns, für relevante und bedeutsame Bildung zu sorgen

und diese zu fördern“, so Avner Shalev, Chairman of the Yad Vashem Directorate.

Die Vertragsparteien beabsichtigen, gemeinsame Fortbildungen in Yad Vashem zu planen, bei denen pädagogische Fragen bezüglich des jüdischen Lebens vor, während und nach der nationalsozialistischen Verfolgung im Mittelpunkt stehen. Dabei sollen insbesondere die vielfältigen Ressourcen der Gedenkstätte einschließlich der Archive, des Museums, der Ausstellungen und die pädagogischen Konzepte genutzt werden. Zugleich bemüht sich die Gedenkstätte Yad Vashem um Gespräche zwischen deutschen und israelischen Kolleginnen und Kollegen zur Unterrichtspraxis in Israel.

Zur Vor- und Nachbereitung der Fortbildungen in Yad Vashem organisieren die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, die Berliner Landeszentrale für politische Bildung und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie entsprechende Angebote. Diese sollen zu einem besseren Verständnis unterschiedlicher Perspektiven auf die Geschichte der Verfolgung beitragen und die Zusammenarbeit mit den NS-Gedenkstätten im Berliner Raum stärken.

Die Abteilung für die deutschsprachigen Länder des European Department of the International School for Holocaust Studies of Yad Vashem wird die Vertragsparteien bei der Planung und Durchführung der Vor- und Nachbereitung der Fortbildungen in Yad Vashem unterstützen.

Yad Vashem kooperiert mit zahlreichen Bundesländern, um der Folgen der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust zu gedenken. Zu diesem Zweck haben Yad Vashem und die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2013 offiziell ihre Absicht erklärt, Bildung, Forschung und das Gedenken an den Holocaust gemeinsam zu fördern. Die Tragweite des Themas erfordert eine internationale Verständigung über Fragen des Erinnerns und Gedenkens. In Berlin kooperieren bereits das OSZ Ruth-Cohn und die Refik-Veseli-Schule mit Yad Vashem.

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Beate Stoffers, Telefon: (030) 90227 – 5843

27.06.2017, 14:00 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Müller zum Global Mayoral Forum: „STÄDTE MÜSSEN SYNERGIEN BEI DER ZUWANDERUNG BÜNDELN“

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Anlässlich des 4. Global Mayoral Forum on Human Mobility, Migration and Development fordert der Regie-

rende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, die Synergien von Städten bei gemeinsamen Herausforderungen wie Zuwanderung stärker zu bündeln: „Die Integration von Zugewanderten und Geflüchteten erfolgt durch und mit den Menschen in den Städten vor Ort. Allein in die Metropole Berlin sind zwischen 2014 und 2016 rund 100.000 Geflüchtete gekommen. Andere Städte haben noch weitaus mehr Menschen aufgenommen. Ich freue mich daher sehr, wenn wir uns im Mayoral Forum und Netzwerken wie Metropolis zusammenschließen, um gemeinsame und erfolgreiche Strategien für Zuwanderung und Integration zu entwickeln.“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin ist Gastgeber des Mayoral Forums am 26. und 27. Juni, bei dem Stadtoberhäupter aus den größten Metropolen der Welt im Berliner Rathaus zusammenkommen, um sich über Maßnahmen zur Integration von Zugewanderten auszutauschen.

Die Ergebnisse des Mayoral Forums werden anschließend im Rahmen des Global Forum on Migration and Development (GFMD) präsentiert. Das GFMD ist eine gemeinsame Initiative der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zu einem internationalen Dialog zu Migrations- und Entwicklungspolitik und wird dieses Jahr von Deutschland und Marokko gemeinsam vom 28. bis 30. Juni in Berlin ausgerichtet. Weitere Informationen zum Global Forum on Migration and Development finden Sie auf <http://www.gfmd.org>.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

26.06.2017, 14:20 Uhr
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
**MODULARE FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT
IN LICHTENBERG FEIERT RICHTFEST**

Am Montag, 26. Juni, wurde in der Wartenberger Straße 120 in Lichtenberg das Richtfest einer neuen Modularen Flüchtlingsunterkunft gefeiert. Damit ist die sechste von zehn geplanten landeseigenen Gemeinschaftsunterkünften im Rohbau fertiggestellt. Je Grundstück ist eine Bauzeit von 48 Wochen vorgegeben. Bauherr ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen.

Senatsbaudirektorin Regula Lüscher freut sich: „Das besondere Konzept des Typenbaus als Schnellbaumaßnahme geht auf. Wir können so nicht nur die Bauzeit erheblich verkürzen, sondern die Gebäude auch den räumlichen Gegebenheiten individuell anpassen. Hier entstehen Häuser, die sich ins Quartier einpassen und gleichzeitig den Bedürfnissen der neuen Bewohnerinnen und Bewohnern entsprechen.“

Zur Reduzierung der Bauzeit wurden modulare Strukturen vorgegeben, die den Einsatz von Fertigelementen

erlauben. Dies ermöglicht qualitativ hochwertige Standards und deren Einhaltung und Kontrolle bereits während der Fertigung in der Fabrik. Neben der verkürzten Bauzeit hat der Einsatz von modularen Elementen einen weiteren Vorteil: Sollten die Gebäude nicht mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen benötigt werden, können sie als Studentenwohnheim oder, durch geringe Umbauten, als Wohngebäude genutzt werden.

Nach Fertigstellung der Außenanlagen und Übergabe des Bauvorhabens an das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten stehen die Häuser für die rund 450 neuen Bewohnerinnen und Bewohner in der Wartenberger Straße in Lichtenberg zur Verfügung.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Telefon: (030) 90139-4040

28.06.2017, 13:16 Uhr
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
**PREISSENKUNG BEIM
BERLINER SOZIALTICKET ZUM 1. JULI 2017**

Der Preis für das „Berlin-Ticket S“ wird zum 1. Juli 2017 von 36 Euro auf 27,50 Euro gesenkt. Der Berliner Senat hatte die Preissenkung des Berliner Sozialtickets im Januar beschlossen. Das Berlin-Ticket S ist weiterhin als kalendergebundene Monatskarte nur in Verbindung mit dem „berlinpass“ gültig.

„Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein“, sagte Ramona Pop, Berliner Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe. „Ich freue mich deshalb, dass der Preis für das Sozialticket nun – wie in der Koalition vereinbart – gesunken ist. Und dass noch mehr Menschen den Öffentlichen Nahverkehr nutzen können.“

Das Berlin-Ticket S ist eine persönliche Zeitkarte und besteht aus dem „berlinpass“ mit Lichtbild und Gültigkeitsbefristung sowie dazugehörigem Wertabschnitt. Es berechtigt zu Fahrten in allen Bussen und Bahnen im Geltungsbereich Berlin AB. Das Berliner Sozialticket ist in allen Verkaufsstellen und Automaten der BVG sowie bei der S-Bahn Berlin GmbH, der DB Regio AG und der ODEG mbH erhältlich.

Die Prüfung der Berechtigung (z.B. für Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe) sowie die Ausstellung des „berlinpass“ erfolgt durch die Berliner Bürgerämter. Asylbewerberinnen und Asylbewerber erhalten den „berlinpass“ in der zentralen Leistungsstelle für Asylbewerber (ZLA). Wertabschnitte für das Berlin-Ticket S gelten jeweils für einen Monat vom letzten Kalendertag des vorhergehenden Monats 00:00 Uhr bis zum ersten Kalendertag des darauffolgenden Monats 24:00 Uhr.

Das Tarifprodukt „Berlin-Ticket S wurde erstmalig zum 1. Januar 2005 für den Geltungsbereich Berlin AB“ zum Preis von 32,00 Euro eingeführt. Der Preis des Berlin-

Ticket S entsprach damals 50 Prozent des Preises der Monatskarte VBB-Umweltkarte Berlin AB.

Rückfragen: *Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe* Pressestelle, Telefon: (030) 9013-8451

28.06.2017, 14:02 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

STARTSCHUSS FÜR DAS DEUTSCHE ZENTRUM FÜR INTEGRATIONS- UND MIGRATIONSFORSCHUNG

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin und Senator für Wissenschaft und Forschung, Michael Müller, hat heute gemeinsam mit der Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley den Startschuss zum Aufbau des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin gegeben. Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin ist am Aufbau des neuen Zentrums und des bundesweiten Forschungsnetzwerks federführend beteiligt und wird dabei in den nächsten fünf Jahren vom Land mit 3,8 Mio. Euro unterstützt.

Dazu Michael Müller: „Integration und Zuwanderung gehören zu den großen Themen unserer Zeit. Für die Bewältigung der Aufgaben, die hieraus für Politik und Gesellschaft erwachsen, benötigen wir fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse. Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Integrations- und Migrationsforschung in Deutschland nun gemeinsam stärken können. In Zusammenarbeit mit einem bundesweiten Netzwerk renommierter Institute wird Berlin dem neuen Zentrum eine hervorragende Heimat bieten.“

Der Deutsche Bundestag hat 2016 beschlossen, durch die Bereitstellung von Mitteln das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Aufbau eines Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung zu beauftragen. Von 2017 bis 2020 stellt der Bund hierfür 6,8 Mio. Euro zur Verfügung. Neben dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin gehören weitere ausgewiesene universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in ganz Deutschland zu den Gründungsmitgliedern der DeZIM Gemeinschaft: Beteiligt sind das Interdisziplinäre Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM) an der Universität Duisburg-Essen, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) in Bielefeld, das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) in Osnabrück, das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

und das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Nachkontrolle von Pässen Geflüchteter durch Berliner Behörden

Abgeordneter: Taş, Hakan (LINKE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11178.pdf>

Titel: Postkoloniale Erinnerungskultur

Abgeordneter: Kössler, Georg (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11180.pdf>

Titel: Jugendliche im rechtsextremen Milieu

Abgeordnete: Tomiak, June (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11191.pdf>

Titel: Berliner Abschiebep Praxis seit 2016

Abgeordneter: Taş, Hakan (LINKE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11201.pdf>

Titel: Mit Haftbefehl gesuchte Neonazis 2016/2017

Abgeordnete: Tomiak, June (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11202.pdf>

Titel: Linksextreme politisch motivierte Kriminalität II. – Statistik zu linksextremer politisch motivierter Kriminalität in Berlin für das gesamte Jahr 2016/ 1. Quartal 2017

Abgeordneter: Krestel, Holger (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11213.pdf>

Titel: Linksextreme politisch motivierte Kriminalität III. – Kein Themenfeld „Antisemitismus“ im „Bericht: Ausgewählte Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität in Berlin, 1. Halbjahr 2016“

Abgeordneter: Krestel, Holger (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11247.pdf>

Titel: Linksextreme politisch motivierte Kriminalität IV. – Statistik zu Waffenbesitzern/ Waffenträgern im linksextremen Spektrum

Abgeordneter: Krestel, Holger (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11214.pdf>

Titel: BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften

Abgeordneter: Schopf, Tino (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11232.pdf>

Titel: Bürgerbeteiligung bei Flüchtlingsunterkünften

Abgeordneter: Freymark, Danny (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11203.pdf>

Titel: Anzahl der Adoptionen im Land Berlin

Abgeordnete: Demirbüken-Wegner, Emine (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11244.pdf>

Titel: „Mehr Zivilcourage!“

Abgeordneter: Verrycken, Frédéric (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11238.pdf>

Titel: Das Schengener Informationssystem und die Rückkehr ausreisepflichtiger Drittstaatsangehöriger

Abgeordneter: Bronson, Dr. Hugh (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11254.pdf>

Titel: Antreffen von Asylbewerbern ohne gültigen Fahrschein im ÖPNV

Abgeordneter: Lindemann, Gunnar (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11257.pdf>

Titel: Hostelunterbringung

Abgeordneter: Melzer, Heiko (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11217.pdf>

Titel: Gewalt gegen LGBTI-Geflüchtete

Abgeordneter: Schreiber, Tom (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11230.pdf>

Titel: Geflüchtete aus prekären Unterkünften in feste Wohnanlagen – Übergangslösung oder wichtiger Schritt für die betroffenen Menschen?

Abgeordnete: Wildenhein-Lauterbach, Bruni (SPD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11240.pdf>

Titel: „Handschuhehen“

Abgeordneter: Trapp, Peter (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11306.pdf>

Titel: Arbeit und Perspektiven der psychiatrischen Clearingstelle für Geflüchtete

Abgeordneter: Bertram, Philipp (LINKE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11225.pdf>

Titel: Leer stehende Asylunterkünfte – Ausmaß und Kosten

Abgeordneter: Bachmann, Hanno (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11246.pdf>

Titel: Suizide und Suizidversuche von Asylsuchenden in Berlin 2015 und 2016

Abgeordnete: Bayram, Canan (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11264.pdf>

Titel: Institut für Islamische Theologie – Was passiert da eigentlich?

Abgeordneter: Hausmann, Dr. Hans-Christian (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11286.pdf>

Titel: „Problemhäuser“ II – was weiß, was tut der Senat?

Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11265.pdf>

Titel: Ermittlungen und Maßnahmen gegen Personen der „Identitären Bewegung“ in Berlin

Abgeordnete: Helm, Anne (LINKE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11294.pdf>

Titel: Kostenstrukturen im Bereich Asyl

Abgeordneter: Curio, Dr. Gottfried (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11305.pdf>

Titel: Berlinpass für Geflüchtete die durch private Vereine unterstützt werden

Abgeordnete: Jasper-Winter, Dr. Maren (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11321.pdf>

Titel: Bundesförderprogramm „Sprach-Kitas“: Partizipiert Berlin am Erfolg?

Abgeordneter: Simon, Roman (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11337.pdf>

Titel: Polizeiliche Kriminalstatistik und Auseinandersetzungen/Aggressionen in Berliner Zuwandererunterkünften

Abgeordneter: Berg, Dr. Hans-Joachim (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11269.pdf>

Titel: Eine neue Welle importierter Kriminalität

Abgeordneter: Bachmann, Hanno (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11341.pdf>

Titel: Abgelehnte Asylbewerber in Berlin im Februar 2017 III

Abgeordneter: Luthe, Marcel (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11355.pdf>

Titel: Zuständigkeiten der Jobcenter bei Geflüchteten

Abgeordneter: Freymark, Danny (CDU)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11529.pdf>

Titel: „Moralwächter“ in tschetschenischen Communities?

Abgeordneter: Schatz, Carsten (LINKE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11351.pdf>

Titel: Anerkennung ausländischer Abschlüsse in 2016

Abgeordnete: Kahlefeld, Dr. Susanna (GRÜNE)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11493.pdf>

Titel: Irregulär eingereiste Drittstaatsangehörige

Abgeordneter: Bronson, Dr. Hugh (AfD)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11526.pdf>

Titel: „Thank you for choosing Berlin“ - Anmeldung nicht-deutschsprachiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Berliner Unternehmen

Abgeordneter: Schlömer, Bernd (FDP)

Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-11550.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER
EUROPAPORTAL**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/EU>

eurostat:

**STATISTISCHER BERICHT 2017 ERSCHIENEN
Migrant integration 2017**

Die Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren zum mit Abstand größten Magneten für Migranten entwickelt. Das geht aus dem neuen Migrationsreport vor, den das europäische Statistikamt Eurostat am 26.06.2017 vorgelegt hat. In absoluten Zahlen lebten am 01.01.2016 rund 8,7 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland:



„In 2015, a total of 4.7 million people immigrated to one of the 28 Member States of the European Union, while at least 2.8 million emigrants were reported to have left an EU Member State. Half of the immigrants (2.4 million) were non-EU citizens. In total, on 1 January 2016, the number of non-EU citizens residing in the EU Member States was 20.7 million. This represented 4.1% of

the EU population. In addition, 16.0 million people were resident in a Member State that was not their Member State of citizenship.

In absolute terms, the largest number of non-nationals was found in Germany (8.7 million on 1 January 2016), followed by the United Kingdom (5.6 million), Italy (5.0 million), Spain (4.4 million) and France (4.4 million)."

Internet: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/EDN-20170626-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2F>

Direkter Download (in englischer Sprache, nicht barrierefreies PDF, 4 Mbyte) unter:
<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/8081569/KS-01-17-539-EN-N.pdf>

Die Veröffentlichung enthält weiterhin eine Analyse der Arbeitsmarktsituation von Migranten und ihren direkten Nachkommen, basierend auf den Ergebnissen des Ad-hoc-Moduls zur AKE von 2014. Gezeigt werden Daten für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten, sowie für die EFTA-Staaten.

[RED]

BAMF: AUSSCHREIBUNG ZUR FÖRDERUNG VON INTEGRATIONSPROJEKTEN IM FÖRDERJAHR 2018

Frist: **15.09.2017**

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fördert im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), ergänzend zu den gesetzlichen Integrationsangeboten (Integrationskurse, Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer, Jugendmigrationsdienste), Projekte zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern. Anträge können bis einschließlich 15.09.2017 beim BAMF eingereicht werden.

Bewerben können sich Organisationen und Einrichtungen, die in der Arbeit mit Zugewanderten auf überregionaler, regionaler oder lokaler Ebene tätig sind.

Zielgruppe sind Zugewanderte mit dauerhafter Bleibeperspektive ab 12 Jahren ohne weitere Altersbeschränkung für altersunabhängige Projekte und jugendliche Zugewanderte von 12-27 Jahren für Jugendprojekte. Altersunabhängige Projekte sind zur Abgrenzung von Jugendprojekten nicht ausschließlich auf Jugendliche auszurichten.

Ausschreibung für das Förderjahr 2018:
<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationsprojekte/ausschreibung-gemeinwesenorientierte-projekte-2018.html>

Öffentliche Bekanntmachung des BAMF zur Ausschreibung von Fördermitteln für Projekte zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Förderjahr 2018:

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationsprojekte/ausschreibung-gemeinwesenorientierte-projekte-2018.pdf>

BAMF, Förderung: MULTIPLIKATORENSCHULUNGEN IN DER INTEGRATIONSARBEIT

Frist: **31.07.2017**

Im Integrationsprozess von (Neu-)Zugewanderten kommt dem bürgerschaftlichen Engagement eine bedeutende Rolle zu. Damit sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ehrenamtlich engagieren können, bedarf es entsprechender Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fördert daher – auch 2017 wieder – ein- oder mehrtägige Multiplikatorenschulungen.

Link:

<http://www.bamf.de/DE/Infothek/Projekttraeger/Multiplikatorenschulungen/multiplikatorenschulungen-node.html>

BMI:

14.973 ASYLANTRÄGE IM MAI 2017

Im Monat Mai 2017 wurden 14.973 Asylsuchende in Deutschland registriert. Diese kamen vor allem aus Syrien, Irak und Eritrea. Im April 2017 hatte die Zahl der Asylsuchenden 11.952 betragen.

Die Anzahl der offenen Fälle beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konnte auch im Mai 2017 weiter abgebaut werden. So hat das Bundesamt im Mai 2017 über die Anträge von 87.649 Personen entschieden und die Zahl der anhängigen Verfahren von 232.493 Ende April 2017 auf 165.099 Ende Mai 2017 um 29 % reduziert. Von diesen anhängigen Verfahren entfielen 116.624 (70,6 %) auf sog. Altfälle (Antragstellung vor dem 01.01.2017) und 48.475 anhängige Verfahren (29,4 %) auf sog. Neufälle (Antragstellung ab dem 01.01.2017).

Die Zahl der beim Bundesamt gestellten förmlichen Asylanträge lag im Monat Mai 2017 bei 16.641.

Weiter in der Mitteilung mit den Zahlen im Einzelnen unter:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/06/asylantraege-mai-2017.html>

[PM BMI v. 06.06.2017; RED]

**Politikbericht:
ÜBERBLICK ÜBER MIGRATIONSGESCHEHEN
2016**

**Politikbericht Migration, Integration, Asyl und EMN-
Synthesebericht:
Umfassende Informationsquelle zu Migrationsge-
schehen veröffentlicht**

2016 war ein migrationspolitisch ereignisreiches Jahr, das wie schon 2015 durch die hohe Anzahl an Geflüchteten geprägt war. Der zum 13. Mal erschienene jährliche Politikbericht Migration, Integration, Asyl bündelt und ordnet die wichtigsten gesetzlichen Entwicklungen, Zahlen und grundlegende Debatten zum Migrationsgeschehen in Deutschland im Jahr 2016. Er wurde durch die deutsche nationale Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN) im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstellt. Im EMN haben auch 23 andere EU-Mitgliedsländer plus Norwegen ähnliche Berichte zum nationalen Migrationsgeschehen erstellt, die in einen Synthesebericht einfließen. Gerade im europäischen Vergleich ist der Politikbericht somit eine einmalige Informationsquelle zu allen Themen rund um Migration, Integration und Asyl – für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Tätige sowie für Behörden.

Internet:

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Politikberichte/emn-politikbericht-2016-germany.html>

[PM BAMF v. 19.06.2017; RED]

**SVR-Pressstatement:
SVR LEGT POSITIONSPAPIER
ZUM DOPPELPASS
MIT GENERATIONENSCHNITT VOR**

Anlässlich der derzeitigen Diskussion über den Doppelpass erläutert der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in einem Positionspapier sein Modell eines „Doppelpasses mit Generationenschnitt“ und geht detailliert auf Möglichkeiten der Umsetzung ein. Zur Veröffentlichung des Positionspapiers erklärt der Vorsitzende des SVR, Prof. Dr. Thomas Bauer:

„Wir begrüßen die parteiübergreifende Diskussion zur Einführung eines Doppelpasses mit Generationenschnitt, wie ihn der SVR bereits im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen für die 18. Legislaturperiode im November 2013 vorgeschlagen hat. Dieses Modell ermöglicht, das Staatsangehörigkeitsrecht in einer Weise weiterzuentwickeln, die den Anforderungen einer modernen Einwanderungsgesellschaft gerecht wird. Der Vorzug des Modells besteht darin, eine doppelte Staatsan-

gehörigkeit für eine oder mehrere Übergangsgenerationen zu ermöglichen und zugleich eine unbegrenzte Weitergabe der Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes zu vermeiden. Denn mit dem Generationenschnitt wird die automatische Weitergabe der Staatsangehörigkeit an die Nachfahren von Zuwanderern in den Fällen gekappt, in denen die Wanderung Generationen zurückliegt. Damit soll vermieden werden, dass über Generationen die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes der Vorfahren weitergegeben wird, obwohl zu diesem Land keine oder kaum mehr eine Beziehung besteht. Eine generelle Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit ist somit nicht vorgesehen.

Der Doppelpass mit Generationenschnitt wird von Deutschland bereits gegenüber den eigenen, im Ausland lebenden Staatsbürgern praktiziert, ebenso von weiteren Einwanderungsländern (z. B. Kanada und Schweden). Dieses Modell könnte in seiner Grundanlage als Vorbild für das Staatsangehörigkeitsrecht anderer Staaten dienen.

Die Umsetzung eines solchen Modells sollte begleitet werden durch die Hinnahme der doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit auch bei Einbürgerung, um die derzeit noch vorhandene – und kaum begründbare – Asymmetrie im Umgang mit Mehrstaatigkeit zwischen Erwerb durch Geburt und Erwerb durch Einbürgerung zu beheben.

Voraussetzung für die Einführung eines Doppelpasses mit Generationenschnitt wären politische Absprachen mit den Herkunftsländern der Zuwanderer, die gewährleisten, dass eine dauerhafte Weitergabe ihrer Staatsangehörigkeit im Ausland begrenzt wird. Derartige völkerrechtliche Verträge sind keineswegs illusorisch, das zeigen mehrere Beispiele solcher Übereinkünfte, z. B. Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung. Abschlüsse zwischenstaatlicher Generationenschnitt-Absprachen können auch durch zusätzliche Anreize gefördert werden.“

Das Positionspapier und Infografiken des Modells sind unter folgendem Link zu finden:

https://www.svr-migration.de/publikationen/positionspapier_doppelpass/

[PM SVR v. 26.06.2017; RED]

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Ab 03.07.:

KOSTENLOSE DEUTSCHKURSE & BERUFS- ORIENTIERUNG FÜR JUNGE MIGRANTINNEN

Anmeldung **ab sofort** möglich

Zeitraum: 03.07.2017 – 28.02.2018

Im Rahmen des ESF-geförderten Programms „Ausbildung in Sicht“:

- berufsbezogene Deutsch-Förderung (16 Std. pro Woche)
- Jobcoaching (Berufsorientierung, Berufswegeplanung, Bewerbungstraining, individuelle Kompetenzentwicklung, 4 Std. pro Woche)
- Praktikum (10 Std. pro Woche)

Für wen?

Für alle in Berlin lebenden jungen MigrantInnen bis 25 Jahre (in Ausnahmefällen bis 27 Jahre), mit Aufenthaltsgestattung, Duldung, oder (befristeter) Aufenthaltserlaubnis, die ihr Deutsch für den Ausbildungsstart oder den Berufseinstieg verbessern möchten.

Kontakt/Anmeldung

A&QUA gGmbH
Nancy Tunack
Köpenicker Straße 9a
10997 Berlin (Kreuzberg)

Tel.: (030) 61 65 726

E-Mail: nancy.tunack@a-gua.de

Internet: <http://www.a-gua.de>

GIZ e. V., jetzt bewerben:

INTERKULTURELLER TRAINER*INNEN - STAATLICH ANERKANNTE ERZIEHER*INNEN

Ausbildung für Menschen mit einem ausländischen pädagogischen Abschluss

Start: **04.09.2017**

Im Jahr 2014 haben die Anna-Freud-Schule und die Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben (GIZ) e.V. mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Bildung ein in Deutschland einmaliges Projekt für staatlich anerkannte Erzieher*innen gestartet. Unsere Zielgruppe sind Hochschulabsolventen*innen mit Migrationshintergrund, deren im Herkunftsland erworbenes pädagogisches Studium in Deutschland nicht anerkannt wird.

Wir greifen mit dieser speziellen Ausbildungsmöglichkeit bereits vorhandene Potenziale auf und bieten den Teilnehmern*innen eine auf zwei Jahre verkürzte Ausbildung an. Als Teil der Eingangsprüfung werden vorhandene Bildungsabschlüsse individuell beurteilt und ein Deutsch-Einstufungstest vorgenommen.

Gemeinsam bereiten wir die angehenden Erzieher*innen vor – in der Anna-Freud-Schule, bei GIZ und in Praktika. Der Unterricht ist kostenlos! Die Lebenshaltungskosten können über das Jobcenter übernommen werden. Nach zwei Jahren wird die staatliche Erzieher-Prüfung abgelegt.

Im Sommer 2016 haben alle Teilnehmenden die Abschlussprüfung bestanden und arbeiten nun als Erzieher*innen in Berliner Kindertageseinrichtungen und Schulen. Seitdem ist in den Jahren 2015 und 2016 jeweils eine weitere Klasse mit je 20 Teilnehmenden gestartet.

Auch in diesem Jahr werden wir nach den Sommerferien eine weitere Klasse starten.
Bitte bewerben Sie sich jetzt!

Weitere Infos unter:

<https://giz.berlin/courses/interkultureller-trainer-interkulturelle-trainerin.htm>

Kontakt

Gesellschaft
für interkulturelles Zusammenleben (GIZ) e.V.

Frau Dane Krause
E-Mail: info@giz.berlin

WILLKOMMEN-IN-ARBEIT-BÜRO (WIA-BÜRO) SPANDAU

Das Willkommen-in-Arbeit-Büro Spandau ist eines der zahlreichen Bildungs- und Integrationsprojekte von GIZ e.V. Es wird im Rahmen des Programms "BerlinArbeit" der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales durchgeführt und aus Landesmitteln gefördert.

Das Büro ist Schnittstelle für ein umfangreiches und integriertes Angebot rund um das Thema Arbeit für Geflüchtete. Als zentrale Anlaufstelle bietet das WiA-Büro niederschwellig, kostenlos und umfassend Berufs-, Qualifizierungs- und Bildungsberatung in fast 20 Sprachen an, individuell, vertraulich und neutral. Durch seine Lage in der Altstadt Spandau ist das Büro sehr gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar.

Angebote, Öffnungszeiten und weitere Informationen im Internet unter:

<https://giz.berlin/projects/das-wia-buero-spandau.htm>

Kontakt:

Michael Arri
Koordinator WiA-Büro
WiA-Büro Spandau
Jüdenstraße 30
13597 Berlin

Tel.: (030) 5130 10027/70

E-Mail: wia@giz.berlin

Internet: <http://www.giz-berlin.de>

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB):

AKTUELLE WEITERBILDUNGEN UND INFO-TERMINE IM FCZB

Juli bis September 2017

Start: 3. Juli oder 25. September 2017
**Fit für den Job mit Office
und Internet-Know-how**

Nach der dreimonatigen Weiterbildung können Sie sicher und gezielt im Internet recherchieren, mit den MS-Office-Programmen Word, Excel und PowerPoint professionelle Dokumente für den Büroalltag erstellen und diese zur gemeinsamen Zusammenarbeit zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus werden Sie Ihre Bewerbung strategisch planen und Ihre Bewerbungsunterlagen aktualisieren. Und sie können das Internet für Ihre Stellensuche nutzen und sich auch online bewerben.

Inhalte: Computer-Grundlagen, Internet und E-Mail, MS Office (Word, Excel, Powerpoint, Outlook), Online-Zusammenarbeit)

Zielgruppe:

Erwerbslose oder geringfügig beschäftigte Frauen

Dauer und Lernform:

12 Wochen (bis 15.10.17 einschl. Sommerferien)

Kosten/Förderung:

Bildungsgutschein oder Selbstzahlerin

Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/fit-fuer-den-job-mit-ms-office-und-internet-know-how-4/>

Start: 13. September

Infotermine 28. Juni (14.00 Uhr),

1. August (10.00 Uhr) und 6. September (14.00 Uhr)

**Porta: Medienkompetenzen und
Work-Life-Balance (Aufbaukurs in Teilzeit)**

Sie möchten nach einer gesundheitlich bedingten längeren Auszeit beruflich wieder einsteigen und dafür Onlinemedien nutzen? Die notwendigen Kenntnisse können Sie sich in unserem Aufbaukurs erarbeiten.

Inhalte: Nutzung von Facebook und Co., Aufbau eines Blogs, Rechtliche Aspekte, Aufbau einer Online-Reputation

Zielgruppe:

Frauen mit nachgewiesenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen

Dauer und Lernform: Individuell nach Bedarf und persönlichen Voraussetzungen, maximal 10 Wochen, Präsenz und begleitetes Online-Lernen

Trainings- und Lernzeiten: 3 bis 25 Stunden pro Woche

Kosten: keine, Förderung durch ESF und Land Berlin

Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/porta-medienkompetenzen-und-work-life-balance-fuer-den-beruflichen-wiedereinstieg/>

Start: 18. September 2017

Infotermine: 16.8., 30.8., 6.9. (jeweils 10.0 Uhr)

Teilzeit: Berufliche Orientierung und berufsbezogenes Deutsch für Migrantinnen und Frauen mit Fluchthintergrund

Sie möchten (wieder) in den Job einsteigen und suchen nach einer Qualifizierung, in der Sie sich beruflich orientieren und ihre Deutschkenntnisse erweitern können. Haben Sie bereits Vorstellungen, wohin es beruflich gehen soll? Oder möchten Sie erst noch Berufsbilder kennenlernen? Entdecken Sie Ihre Stärken und Potenziale, um Ihren Weg zu finden.

Inhalte: Kompetenzentwicklung und Berufsorientierung, (berufsbezogenes) Deutschtraining, Textverarbeitung, Internetrecherche und E-Mail

Zielgruppe: Erwerbslose Frauen mit Migrationshintergrund Voraussetzungen: Deutschkenntnisse A2/B1

Dauer und Lernform: 12 Wochen Teilzeit (18.9. bis 15.12.17), Blended Learning (Präsenz und online)

Trainings- und Lernzeiten: 9.00 bis 12.30 Uhr, Übungszeit bis 14.00 Uhr

Kosten: keine, Förderung durch ESF und Land Berlin Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/berufliche-orientierung-und-berufsbezogenes-deutsch-fuer-migrantinnen-3/>

Kontakt und Anmeldung

Veranstaltungsort:
FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB)
Cuvrystraße 1
10997 Berlin

Anmeldung/Beratung für beide Angebote:
Renate Wolf
Tel. (030) 61 79 70 -16

E-Mail: info@fczb.de
Internet: <http://www.fczb.de>

Foto: FCZB

Ab 16.10.2017, SFU Berlin: WEITERBILDUNGSMAS- TER IN KULTURELLEN BEZIEHUNGEN UND MIGRATION (M.A.)

Bewerbungsphase hat begonnen

Zum Wintersemester 2017/18 wird der weiterbildende Masterstudiengang „Kulturelle Beziehungen und Migration“ an der Sigmund Freud PrivatUniversität Berlin angeboten.

Der deutsch-englischsprachige Studiengang kombiniert Theorie, Praxis und empirische Forschung des vielfältigen Themenfeldes Kulturelle Beziehungen und Migration.

Studieninhalte sind u.a. Diversity Education, Bildung und Migration, Psychosoziale Ansätze in der Arbeit in Konfliktregionen und mit Geflüchteten, Mehrsprachigkeit und Sprachpolitik, Migration und Globalisierung.

Die Teilnehmer_innen studieren in einer interdisziplinären und internationalen Studierendengruppe und qualifizieren sich für die Arbeit in internationalen und vielfältigen Handlungsfeldern. Das Studium ist in als Vollzeit- oder Teilzeitstudium möglich.

Bewerbungsformular:
<https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeGI000Npr93VV17IC0mo7c2feUHQFXnXFUzkPeYgGUQF-LA/viewform>

Kontakt/Info

Dr. Christina Ayazi
Studiengangskordinatorin
Master in Kulturellen Beziehungen und Migration
Master in Cultural Relations and Migration

Sigmund Freud PrivatUniversität Berlin (SFU)
Columbiadamm 10, Turm 9
12101 Berlin,

Tel.:(030) 695 797 28-18

E-Mail: Christina.Ayazi@sfu-berlin.de
Internet: <http://www.sfu-berlin.de>

multicult.fm.

01.07.2017 bis 01.06.2018, gebührenfrei:

CROSSMEDIA JOB PROFILE

Workshopreihe zu Hörfunk, Online- und Video-Journalismus

Gebührenfrei Workshopreihe zu Hörfunk, Online- und Video-Journalismus

- vom 1.07.2017 - 1.06.2018
- 50 Stunden Theorie – 100 Stunden Praxis
- Abschlusspräsentation und Abschlusszertifikat
- Gefördert durch EU Mittel aus dem Programm LSK (Lokales soziales Kapital)

Wer kann teilnehmen?

Die Workshopreihe richtet sich an: arbeitslose JournalistInnen oder SchriftstellerInnen, PolitikwissenschaftlerInnen, PressesprecherInnen, PR ManagerInnen etc. TN (TeilnehmerInnen) müssen arbeitslos sein und in Friedrichshain – Kreuzberg wohnen.

Ziele des Projektes

TN aus dem Medienbereich oder mediennahen Berufsgruppen sollen ihre Schlüssel-kompetenzen erhöhen, ihre Beschäftigungsfähigkeit und ggf. Integration stärken.

Ablauf der Workshopreihe

Die TN des Projektes erwerben in 2 Workshopreihen Qualifikationen, die sie danach in der Praxis austesten.

1. Erste Workshopreihe und Praxisübungen zu multimedialem, multilingualem, interaktiven Journalismus (August-Dezember 2017)
2. Zweite Workshopreihe zu medialer Gastronomie und Eventmanagement
3. (Januar 2018 - Mai 2018)

Die TN bekommen ein trügereigenes Zertifikat unter Nennung der Kooperationspartner, sowie der Firmen in denen Praxiseinsätze stattfanden.

Mehr Infos unter

<http://www.multicult.fm/projekte/crossmedia>

Kontakt

multicult.fm
Marheineke Markthalle
Marheinekeplatz 15
10961 Berlin

Telefon: (030) 54853639

E-Mail: info@multicult.fm

Internet: <http://www.multicult.fm>

Workshops/ Tagungen

03.07., Monatsgespräch:

CHECKPOINT BPB

**Berlin Brüssel Ankara. Ein neues Kapitel
europäisch-türkischer Beziehungen**

Checkpoint bpb - die Montagsgespräche

Zeit: 03.07.2017, 19:00 Uhr

Bundeszentrale für politische Bildung

Friedrichstraße 50, 4. Stock,

10117 Berlin

Im Wahlkampf vor dem türkischen Verfassungsreferendum haben sich tiefe Gräben gezeigt: innerhalb der türkischen Gesellschaft, aber auch im Verhältnis der Türkei zu Deutschland und Europa. Die mehrheitliche Zustimmung zur Verfassungsänderung hat das Verhältnis zwischen Europa und der Türkei noch komplizierter gemacht. Während unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie und ! Rechtsstaatlichkeit offensichtlich sind, bleiben gegenseitige Abhängigkeiten bestehen.

Im Checkpoint bpb "Berlin Brüssel Ankara. Ein neues Kapitel europäisch-türkischer Beziehungen" geht es um die Konsequenzen, die Politik, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft aus dem Gegenüber von Autokratie und Demokratie, von Freiheit und Abgrenzung ziehen. Die Lage wird aus wirtschaftlicher, journalistischer und wissenschaftlicher Perspektive analysiert, um unter anderem eine Antwort auf die Frage zu finden: Kann die Türkei noch ein EU-Beitrittskandidat sein?

Es diskutieren Fatma Aydemir, Journalistin (taz), Dr. Funda Tekin, Projektdirektorin im Horizon 2020 Forschungsprojekt "The Future of EU-Turkey Relations: Mapping Dynamics and Testing Scenarios" am Centrum für Türkei und EU Studien, Universität zu Köln (angefragt) und Dr. Volker Treier, stellvertretender Haupt-

geschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Aus Istanbul zugeschaltet wird Philipp Mattheis, Journalist und Autor. Einen Kurzinput gibt Andreas Bock, Redaktionsleiter von euro|topics, die europäische Presseschau der bpb. Der Abend wird moderiert von Dr. Cornelius Adebahr, Politikberater und Moderator.

Weitere Informationen unter

<http://www.bpb.de/veranstaltungen/format/250328/chec-kpoint-bpb-die-montagsgespraech-berlin-bruessel-ankara>

Kontakt/Anmeldung

Anmeldung:

Online unter <http://www.bpb.de/250328>

oder per Tel: (030) 254504-433

oder per E-Mail: anmeldung-berlin@bpb.de

Kontakt für inhaltliche Rückfragen:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Sibel Özdemir

Tel +49 (0)30 254504-433

Sibel.oezdemir@bpb.de

07.07.2017, ver.di Fachdialog Gender:

ELF JAHRE

ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ (AGG)

Anforderungen an gelebte Vielfalt

Anmeldung bis **30.06.2017**.

Freitag, 07.07.2017

11:00 bis 17:00 Uhr

Tagungsort:

ver.di Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10

10179 Berlin

Vor mittlerweile elf Jahren wurde das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verabschiedet und ist heute aktueller denn je. Damals damit verbundene Hoffnung auf mehr Schutz vor Diskriminierung standen Befürchtungen vor Klagefluten gegen Unternehmen und Verwaltungen gegenüber. Der Wunsch nach mehr gelebter Vielfalt in der Arbeitswelt stand gegen die Angst vor verordneter Zwangs-Diversität.

Mittlerweile wissen wir alle, dass Vielfalt längst Realität in unserer Gesellschaft, in unseren Betrieben und Verwaltungen ist. Aber wird das Potential wirklich erkannt und wertgeschätzt? Finden wir wirklich die vielfältigsten Menschen in allen Hierarchieebenen von Organisationen und im öffentlichen Leben wieder? Ist die Arbeitswelt tatsächlich vielfältig, bunt und diskriminierungsfrei geworden? Sind Benachteiligungen

und Diskriminierungen wirklich zurückgegangen? Und wie gehen wir mit dem Backlash um, bei dem Homogenität der Vorrang gegeben und Heterogenität abgelehnt wird?

Um diese Fragen mit Ihnen zu diskutieren und zu beantworten veranstalten wir diesen 20. ver.di Fachdialog Gender in Zusammenarbeit mit dem ver.di Referat Migrationspolitik und dem Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ziel der Veranstaltung ist es, den Teilnehmenden Impulse für die eigene Arbeit zu geben. Bei dieser seit 2005 von ver.di durchgeführten Veranstaltungsreihe mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen stehen Ansatzpunkte und Praxiserfahrungen im Mittelpunkt, die dazu beitragen, Gender und Diversity in gesellschaftliche und organisationale Zusammenhänge zu implementieren.

Weitere Infos und Programm unter:

<http://www.fes.de/de/veranstaltung/veranstaltung/detail/216370/>

Eine Anmeldung kann bis zum 30. Juni 2017 über diesen Link erfolgen: <http://www.fes.de/lnk/2wf>

Kontakt

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Javad/Mitzlaff

Tel.: (030) 269 35-6
Fax (030) 26935-9241

E-Mail: Doreen.Mitzlaff@fes.de

Einladung,
AWO-Kreisverband Berlin Spree-Wuhle e. V.:
FAMILIENSEMINAR AM 12. 10. 2017

Ort:
Kiek in gGmbH
„Nachbarschafts- und Familienzentrum“
Rosenbecker Str. 25/27
12689 Berlin

Wir führen am 12. Oktober 2017 von 10.00 bis 15.00 Uhr ein Familienseminar zum Thema „Kommunikation mit Eltern, Diskriminierung, Erfahrungen, Visionen und Strategien“ durch.

Interkulturelle Öffnung und Zusammenarbeit mit Eltern aus unterschiedlichen Kulturkreisen sind wichtige Herausforderungen für die Elternarbeit. Darum stehen fol-

gende Fragen im Zentrum unseres diesjährigen Fachtages:

- Wie können Pädagog*innen in Kitas und Grundschulen mit allen Eltern erfolgreich kommunizieren?
- Welche Barrieren gibt es für Eltern mit Migrationshintergrund?
- Welche Erfahrungen, Wünsche und Erwartungen haben Eltern an die Kitas und Grundschulen?
- Wie kann die Kommunikation mit Eltern mit Migrationshintergrund besser gelingen?
- Welche guten Erfahrungen gibt es, an die wir anknüpfen können?
- Welche Beispiele, positive Veränderungen und methodische Anregungen können verallgemeinert werden?
- Welche Herausforderungen stellen sich für die Kitas und Grundschulen in der Zukunft im Hinblick auf die Interkulturelle Zusammenarbeit mit den Eltern?

Veranstalter der Tagung ist das Projekt „Bildungsangebote für Roma-Familien in Marzahn-Hellersdorf“ der AWO Berlin Spree-Wuhle e.V., das von der „Aktion Mensch“ gefördert wird.

Im Mittelpunkt steht die Elternarbeit, insbesondere für Roma-Familien, in Schulen, Bildungseinrichtungen und Jugendfreizeitstätten mit Blick auf Konzepte, Handlungsansätze und Initiativen zur Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Diskriminierung aufgrund der sozialen, kulturellen, ethnischen, religiösen Identität, Herkunft oder Abstammung.

Die Tagung soll Raum und Gelegenheit für eine gemeinsame Reflexion, Diskussion und den Erfahrungsaustausch von Praktiker*innen über die Bedingungen, Grenzen und Möglichkeiten der Elternarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich geben.

Eingeladen sind Expert*innen aus der pädagogischen und sozialpädagogischen Praxis, Lehrkräfte, Schulsozialpädagog*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Erzieher*innen, Vertreter*innen von Vereinen, Projekten, Netzwerken und Kommunen.

Im Zeitraum zwischen 10.00 und 12.00 Uhr sind drei Podiumsvorträge zur Elternarbeit geplant, von 13.00 bis 15.00 Uhr ein Austausch über Praxiserfahrungen und eine Zusammenfassung der Ergebnisse.

Für Rückfragen, Hinweise und Wünsche stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Kontakt

Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Berlin Spree-Wuhle e. V.
Interkulturelle Familienbildung
für neu zugewanderte Kinder und Eltern in den Stadtteilen Marzahn-Nordwest und Marzahn-Mitte

Schwarzwurzelstraße 48
12689 Berlin
Dr. Sufian Weise

Tel: (030) 93 02 98 63
Fax: (030) 99 28 21 08

E-Mail: s.weise@awo-spree-wuhle.de
Internet: <http://www.awo-spree-wuhle.de>

Initiativen

13.07., Preisverleihung:

"BAND FÜR MUT UND VERSTÄNDIGUNG 2017"

**Auszeichnung würdigt
Engagement gegen Ausgrenzung**

**Ort und Zeit der Preisverleihung:
13. Juli 2017, 16:00 Uhr
Berliner Rathaus (Festsaal)**

Die Preisträger des Bandes für Mut und Verständigung 2017 stehen fest: Ausgezeichnet werden in diesem Jahr Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Rassismus und Ausgrenzung eingesetzt und sich für Verständigung und ein friedliches Miteinander sozial engagiert haben. Am 13. Juli werden der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, und der stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, Christian Hoßbach, die Auszeichnung im Berliner Rathaus übergeben. Der Preis wird 2017 zum 24. Mal verliehen.

Mit dem „Band für Mut und Verständigung“ ausgezeichnet werden in diesem Jahr:

- Initiative **Aufstehen gegen Rassismus** aus Berlin als Kampagne und Berliner Netzwerk, welches Menschen vernetzen und befähigen will, auf unterschiedliche Art und Weise gegen populistische Strömungen aufzutreten
- **SG Aufbau Eisenhüttenstadt** Abteilung Boxen aus Eisenhüttenstadt für die langjährige Arbeit mit Jugendlichen verschiedener Nationalitäten und verschiedener Hintergründe und dem Engagement für ein sportliches, friedliches und respektvolles Miteinander
- **Axel Jürs** aus Berlin für sein 35-jähriges, kreatives und herzliches Engagement im sozialen und interkulturellen Bereich mit dem Ziel eines verständnisvollen und wertschätzenden Zusammenlebens

Sonderpreise gehen für die vielfältige, engagierte, ehrenamtliche Arbeit zur Unterstützung

und Integration von Geflüchteten in Berlin und Brandenburg an

- Ivonne Eggebrecht aus Potsdam
- Marlies Jung-Hagenow aus Joachimsthal
- Willi Neumann aus Berlin
- Roy Schäfer aus Berlin

Das Band für Mut und Verständigung wird seit 1993 vom Bündnis für Mut und Verständigung verliehen (bis 2014: „Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“), das der DGB nach den gewaltsamen Übergriffen auf Ausländer Anfang der 1990er Jahre initiiert hatte. Dem Bündnis gehören neben dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und dem brandenburgischen Ministerpräsidenten unter anderem der Flüchtlingsrat Berlin, die großen Wohlfahrtsverbände, die evangelische und die katholische Kirche und die Jüdische Gemeinde zu Berlin an. Zu den bisherigen Preisträgern gehören die Neuköllner Bürgerinitiative „Hufeisern gegen Rechts“, das Netzwerk Demokratie und Menschlichkeit aus Zossen und das Aktionsbündnis Cottbusser Aufbruch.

Link zum Bündnis für Mut und Verständigung:
<http://berlin-brandenburg.dgb.de/++co++3464200a-09f1-11e1-5c79-00188b4dc422>.

Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger:
<https://berlin-brandenburg.dgb.de/themen/++co++b9405b38-0a1c-11e1-715b-00188b4dc422>.

Anmeldung/Kontakt

Anmeldungen zur Preisverleihung schicken Sie bitte bis zum **10. Juli** an protokoll@senatskanzlei.berlin.de.

Fragen zu den Preisträgern:
Jens Mätschke, Tel.: (030) 258185152,
E-Mail: jens.maetschke@netzwerk-courage.de

24. bis 30.09., bundesweit: INTERKULTURELLE WOCHE 2017

Die Interkulturelle Woche (IKW) findet dieses Jahr vom Sonntag, den 24. September bis Samstag, den 30. September 2017 unter dem Motto „Vielfalt verbindet.“ statt. Das Motto zum Tag des Flüchtlings, der am Freitag, den 29. September 2017 innerhalb der IKW veranstaltet wird, lautet: „Flüchtlingsrechte sind Menschenrechte“.

Die jährlich stattfindende Interkulturelle Woche (IKW) ist eine Initiative der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie. Sie wird vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss (ÖVA) organisiert. Die IKW findet seit 1975 Ende September

statt. Sie wird von Kirchen, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Integrationsbeiräten und -beauftragten, Migrantenorganisationen und Initiativgruppen unterstützt und mitgetragen. Bundesweit werden in mehr als 550 Städten und Gemeinden rund 5.000 Veranstaltungen durchgeführt. Der Tag des Flüchtlings findet innerhalb der IKW statt.

Ab Mitte August werden die lokalen Programme zur Interkulturellen Woche sowie eine Auswahl der regionalen Eröffnungen in einer Veranstaltungsdatenbank auf <http://www.interkulturellewoche.de> präsentiert.

Aus Projekten und Vereinen

CHAMPIONS OHNE GRENZEN – EIN VEREIN MIT VISIONEN Stadttouren schaffen Begegnung und Austausch von Geflüchteten mit Einheimischen

Das Vorhaben des gemeinnützigen Vereins CHAMPIONS ohne GRENZEN e.V. leitet sich vom Wunsch ab, zu einer nachhaltigen Willkommenskultur für Geflüchtete in Deutschland beizutragen. Wir schaffen durch die Vernetzung mit Breitensportvereinen gesundheitspräventive Sportangebote und Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten mit Einheimischen für Geflüchtete.



Gründer des Vereins sind einheimische Menschen aus den Bereichen Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Kultur-, Sozial- und Medienwissenschaften, sowie bereits in die Projektarbeit eingebundene Geflüchtete, die gemeinsam gegen die soziale Ausgrenzung von Geflüchteten in Berlin und Brandenburg vorgehen wollen. Die Einheimischen verfügen durch ihre Ausbildungen und Arbeitserfahrungen über einschlägige Kenntnisse und Fähigkeiten in den notwendigen Bereichen, um alle Arbeitsschritte des Vereinsbetriebs ausführen zu können. Die engagierten Geflüchteten wiederum verfügen über autobiographisches Expertenwissen zum Thema Migration, Flucht, Asyl und der Soziokultur Ihrer Heimatregionen.

Immer mehr Geflüchtete leben mitten unter uns, und doch nehmen wir sie und ihre Sicht auf Berlin kaum wahr. Wie erschließen sich Geflüchtete, die bei ihrer Ankunft meist kein Wort Deutsch sprechen und verstehen eine Großstadt wie Berlin? Und wie akklimatisiert man sich, wenn man nicht weiß, ob man bleiben kann? Auf unseren Stadttouren führen ehemals Geflüchtete durch ihr Berlin. Sie berichten vom Alltag in der Heimat,

ihrer Flucht und dem neuen Lebensgefühl in der Hauptstadt.

FUSS GEFASST bietet unseren geflüchteten Tourguides die Möglichkeit, selbstbestimmt einen offenen Dialog über ihre Erfahrungen anzustoßen und Menschen aus der Aufnahmegesellschaft ein Leben ohne sicheren Aufenthaltstitel, ohne das Recht auf Ausbildung oder Arbeit begreiflich zu machen.



Wir wollen Raum für Begegnungen und Austausch von Geflüchteten mit Einheimischen schaffen, deren Lebenswelten verknüpfen und somit einen beidseitigen Prozess anstoßen, der die Integration von Geflüchteten erst ermöglicht.

Die Touren können von Einzelpersonen, Schulklassen, Jugend- und Studierendengruppen, Betriebsgruppen, politischen Vereinen u.v.m. gebucht werden.

Drei verschiedene Stadttouren

„SALAM BERLIN - 24 kalte Stunden von Moabit nach Spandau, welche sich auf die Ankunft und die Erstaufnahme konzentriert. Ali führt durch seine Anfangstage in Berlin - seinem heutigem Lebensmittelpunkt, den er nach vielen Wochen Flucht erreichte. Vom Hauptbahnhof geht es bis zu Alis Erstaufnahmewohnheim nach Spandau. Auf dem Weg erzählt er von seiner Kindheit im Iran, dem steinigen Weg nach Europa und seinem Berliner Lebensgefühl.

Die zweite Stadttour, die **„KABUL KREUZBERG ODYSSEE“**, welche es als Spaziertour oder als Fahrradtour gibt beschäftigt sich mit den Hintergründen der Flucht und zeigt historische Bezüge an Orten als Symbole der Flucht aus und nach Berlin. Sehr persönlich gibt Momo Einblicke zu den Stationen seiner Flucht aus Afghanistan. Auf den Straßen seiner neuen Heimat Kreuzberg zeichnet er den langen Weg nach, den er vor wenigen Jahren nahm und lässt seine Erinnerungen daran für uns aufleben.

Die dritte Tour ist eine Reise zu der Realität eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings und seines neuen Lebens hier in Form einer Hörspielvorführung mit Diskussion. Diese kann von Schulklassen oder Jugendclubs u.v.m. gebucht werden.

Termine:

Stadttour SALAM BERLIN:

freitags 17 Uhr am Hauptbahnhof und auf Anfrage

Stadttour KABUL-KREUZBERG-ODYSSEE immer samstags 11:00 an der St. Michael Kirche und auf Anfrage

Tour für Kinder, das Hörspiel ‚EIN SOMMER AUF DEM DACH‘: Das Team kommt zu den Kindern in die Schule oder in eine öffentliche Einrichtung und geht die Tour in Form eines Hörspiels vor Ort mit den Kindern durch, Termine jederzeit möglich, auf Anfrage

Projekträger:

CHAMPIONS ohne GRENZEN e.V. ist nicht nur Anbieter von eigenen Projekten, sondern im Besonderen ein Akteur an der Schnittstelle von politischem, gesellschaftlichem und sportlichem Engagement, der den Austausch und die Verständigung vorantreibt und neue Handlungsfelder aufzeigt. FUSS GEFASST wird gefördert durch den Fonds Soziokultur, der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin und der Werkstatt Vielfalt der Robert Bosch Stiftung.

Kontakt

CHAMPIONS
ohne GRENZEN e.V.
c/o MSZ Kreatifhaus
Rudolf-Seiffert-Straße 50
10369 Berlin



E-Mail: fussgefasst@championsohnegrenzen.de

Internet:

<http://www.championsohnegrenzen.com/fuss-gefasst-stadttouren>

oder www.facebook.com/fussgefasst

[Text+Grafiken: Verein; RED]

30+1 JAHRE BILDUNGSMARKT E.V.

Über 30 Jahre Bildungsqualität

1986 wurde der bildungsmarkt e.v. in Moabit von sechs Gründerinnen und Gründern ins Leben gerufen. Als mittlerweile größtes Berliner Unternehmen der beruflichen Bildung mit ca 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und rund 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Jahr arbeiten wir erfolgreich am Markt.

bildungsmarkt e.v. hat zusammen mit seinen 5 Tochtergesellschaften 22 Bildungszentren in ganz Berlin. In den sehr unterschiedlichen Zielgruppen finden sich junge Menschen mit oder ohne Schul- oder Berufsabschluss, die diese Abschlüsse anstreben, oder eine berufliche Orientierung suchen (langzeit-) arbeitslose Menschen, die sich beruflich umorientieren oder weiterentwickeln möchten, Geflüchtete und Migranten, die in Deutschland beruflich Fuß fassen möchten. Insgesamt begleiten wir derzeit rund 3000 Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer, die von rund 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschult und betreut werden.

„Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Arbeitsvermittlung, Ausbildung, Weiterbildung und Beschäftigungsmaßnahmen in diversen Berufsfeldern und die Integration von Menschen in prekären Lebenssituationen in

Beruf und Gesellschaft“, erklärt Hans-Peter Eich, der geschäftsführende Vorstand des bildungsmarkt e.v.. Rückblickend auf seine Erfahrungen in den vergangenen 30 Jahren fordert Eich von der Politik mehr Investitionen in berufliche Bildung und eine erhebliche Steigerung der Integrationsanstrengungen zum Nutzen der gesellschaftlich und beruflich nicht voll integrierten Menschen wie der Wirtschaft, die schon seit einiger Zeit und immer verstärkter den Fachkräftemangel in Deutschland beklagt.

„Schon jetzt haben wir in der Region einen Mangel an 12 000 Fachkräften, den die Wirtschaft aus eigener Kompetenz nicht decken kann,“ so Eich. „Deshalb ist die Arbeit beruflicher Bildungsunternehmen unverzichtbar, sind diese ein wichtiger Partner der Wirtschaft. Voraussetzung für eine produktive Kooperation sind allerdings flexible Förderstrukturen der Bundesagentur für Arbeit, die leider oft nicht gegeben sind.“

Der bildungsmarkt will sich auch künftig der Fachkräftesicherung widmen. Ziel ist dabei, Menschen nicht nur innerhalb weiterbildenden oder integrierenden Maßnahmen zu fördern, sondern sie bis nach der Vermittlung weiter in Arbeit oder Ausbildung zu begleiten. Dies gilt selbstverständlich auch für die neuen Maßnahmen für die große Zielgruppe der Geflüchteten und Migranten. So sorgt z.B. das Projekt „Hospitality“ dafür, dass geflohene junge Menschen beim Einstieg in Ausbildung und Arbeit in Berliner Hotels und Gaststätten unterstützt werden.

Mehr über den bildungsmarkt e.v. und seine Töchter finden Sie unter <http://www.bildungsmarkt.de>

PEB-Projekt:

„STARKE UNTERNEHMERINNEN FÜR STARKE FRAUEN. EINE INITIATIVE FÜR GEFLÜCHTETE FRAUEN“

Start der neuen Gruppe am 01. Juli

Dank der finanziellen Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Land Berlin konnte das Projekt „Starke Unternehmerinnen für starke Frauen. Eine Initiative für geflüchtete Frauen“ seit Oktober 2016 umgesetzt werden. In drei Teilprojekten á 6 Monate erfolgt eine gezielte Unterstützung zur Integration in den deutschen Arbeitsmarkt durch berufliches und sprachliches Einführungscoaching, Praxiserprobung durch Betriebspraktikum sowie individuelle Betreuung durch eine Mentorin.

Im Rahmen des Projektes wird auch ein 14-wöchiges Praktikum absolviert, welches den Mentoringprozess mit einer Unternehmerin (Mentorin) integriert. Das Praktikum soll auf einen Mehrwert für beide Seiten beruhen. Dabei werden die geflüchteten Frauen von Mentorinnen, die als Führungskräfte in Unternehmen oder Betrieben tätig sind, begleitet. So erwerben die Frauen

eine Bandbreite an Qualifikationen, die sie am Ende des Projektes für einen erfolgreichen Berufsstart vorzeigen können.

Ebenso gewinnt das Projekt durch das Netzwerk von engagierten Frauen aus Politik und Gesellschaft eine Vielfalt an Chancen und Fördermöglichkeiten. So sind die Bundestagsabgeordnete Lisa Paus, Vorstandsvorsitzende der Vereinigung Wirtschaftshof Spandau e.V. Gabriele Fliegel, Beauftragte für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt im Jobcenter Alesia Gordienko, aus der Wirtschaftsförderung des Bezirksamtes Petra Hille, Geschäftsführerin der Havel-Kids Kinderbetreuung Barbara Mütter-Zwisele und Personalchefin der Deutschen Bahn AG Carola Ellfeldt eine geballte Ladung an unternehmerisches Erfahrungswissen und zugleich eine tatkräftige Interessenvertretung für geflüchtete Frauen in Spandau.

Ausgerüstet mit diesen Kompetenzen und im Projekt intensiv erworbenen Sprach- und Berufskenntnisse bekommen die geflüchteten Frauen die Möglichkeit geboten, neue Perspektiven für ihren weiteren Lebensweg mitzunehmen.

Die erste Gruppe von 15 Frauen hat am 31.05.2017 den ersten Kurs erfolgreich absolviert. Sowohl der Unterricht, als auch die 14-wöchige Praktikumszeit hat den Frauen einiges an Selbstbewusstsein und eine neue Orientierung in ihrem neuen Leben in Deutschland verliehen. Einigen wurde durch das Praktikum ein Arbeitsplatz angeboten, andere eine Ausbildung und wiederum manche werden mit einem weiterführenden Deutschkurs beginnen:

<https://giz.berlin/news/abschlussfeier-des-1-peb-kurses.htm>.

Die zweite Gruppe wird schon am 01. Juli mit 15 neuen Frauen starten.

Weitere Informationen im Internet unter <https://giz.berlin/projects/starke-unternehmerinnen-fuer-starke-frauen-eine-initiative-fuer-gefluechtete-frauen.htm>

Kontakt

Für Fragen und Anmeldungen wenden Sie sich an folgenden Kontakt:

GIZ e.V.
Anna Drosdowska
Tel.: (030) 5130100

E-Mail: peb@giz.berlin

BAYOUMA-HAUS

der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Interkulturelles Gemeinwesenzentrum
in Friedrichshain-Kreuzberg

Programm Juli/August 2017 (Auszug)

Wir haben für Sie:

Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr,
Mi. von 13:00 – 16:00 Uhr, Fr. 09:00 – 13:00 Uhr
und nach Vereinbarung geöffnet.

Nachbarschaftsangebote

Frau Natascha Garay
Einrichtungsleitung
Gesundheit & Kultur
Tel.: 29 04 91 36
E-Mail: n.garay@awo-spree-wuhle.de

Loan Nguyen
Senioren, Gemeinwesenarbeit
Tel.: 29 04 66 12
E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Frauenprojekt „Mariposa“

Frau Belinda Apicella
Kurzberatung in sozialen Fragen, Gruppenangebote (SHG, Workshops) und Informationsveranstaltungen für Migrantinnen.
Tel. 29 04 66 11, E-Mail: b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Veranstaltungen

Montags, 17:00 -19:00 Uhr
Näh- und Schneidkurs mit Frau Tam Urbanek
Offenes & kostenfreies Angebot
(Ein Einstieg ist jeder Zeit möglich)
(Kinderbetreuung nicht möglich)

Montag, 03. Juli & 21. August, 16:00 – 18:00 Uhr
Kostenlose Sprechstunde mit der Rechtsanwältin Frau Bianca Geiß. Schwerpunkte: Sozial- und Familienrecht.
Anmeldung unter Tel. 29 04 66 11 erforderlich

Montag, 03. Juli & 21. August 16:00 – 18:00 Uhr
„Frag' die AWO“,
Information & Orientierung für Hilfesuchende
Anmeldung unter 030- 29 04 9136

Montags, 20:30 – 21:30 Uhr, Swing-Kurs
Anmeldung unter facebook: bayouma swing oder bayouma.swing@gmail.com
(Spendenbeitrag: ab 5,- € pro Lektion, es gibt die Möglichkeit kostenloser Probelektionen)

Montags
Gymnastik & Tanz nach Rhythmen aus aller Welt,
mit Birgit Westphal, (Spendenbeitrag: 2,50 € pro Termin)
Spendenbeitrag 2,50 € pro Termin
Bitte bequeme Kleidung mitbringen!

(am 1

**Dienstags, 10:00 – 12:00 Uhr
Nachbarn öffnen ihre Türen**

Offene Sprechstunde für Nachbarn, die sich in unserer Einrichtung ehrenamtlich engagieren möchten.
Ansprechpartnerin: Natascha Garay, Tel.: 29 04 91 36

Dienstags, 11:00 – 16:00 Uhr, psychologische Beratung
(Transaktionale Analyse, Beziehungs- und Kommunikationsschwierigkeiten für Erwachsene und Jugendliche) mit Psychologin Elena Pinna auf Italienisch, Kosten nach Dauer des Termins, Terminvereinbarung unter
elenapinna.ep@gmail.com

Mittwoch, 12. Juli & 16. August, 14:00 – 16:00 Uhr
Kostenlose Sprechstunde zu Mietrecht mit Rechtsanwalt Hans-Peter Scholz, Terminvereinbarung unter 29 04 66 11
Kostenfreies Angebot

**Am 06. & 13. Juli, ab 17. August wieder regelmäßig
Donnerstags, 19:00 – 21:00**
Probestunde des Jazzchors“
unter der Leitung von Cathleen Lüdde

**Freitag, den 07. & 21. Juli und 04., 18. August
18:00 – 22:00 Uhr**
Treff des spanischen Netzwerkes 15 M Berlin
Kontakt: <http://15mberlin.com>

Freitag, den 05. August 19:00 – 22:30
„1. Treffen von Kontingentflüchtlingen aus Vietnam nach 38 Jahren“
Kontakt: Herr Long Khai Tin
Mail: ktlong57@googlemail.com

Samstag, den 29. Juli & 26. August, 13:00 – 19:00 Uhr
Treff des Vereins „der ehemaligen angolanischen Vertragsarbeiter im ehemaligen Ost-Deutschland (DDR) in Berlin-Brandenburg“ e.V.
Kontakt: munjunga augustojone [auqjone@googlemail.com]

Samstags, 20:30 -23:00 Uhr
Tanzclub für Freunde von Latein- und Standardtänzen
Unkostenbeitrag: 3 €

Sonntags, 16:30 – 18:30 Uhr
Tanznachmittag für vietnamesische Senior/-innen mit Herrn Tin & Frau Thoa, Unkostenbeitrag: 2 €

Sommerausflüge in Kooperation mit dem Frauenprojekt Mariposa: Freitag, den 28. 07.112:00 – 14:00
Führung durch die Geschichte der Hexenverfolgung in Bernau und Besuch des Denkmals für die Opfer mit dem Verein bbz (Bildung, Begegnung, Zeitgeschehen) aus Bernau. Kosten für die S- und Regionalbahn sowie Führung müssen selber bezahlt werden, Führung 4,- €, ermäßigt 3,- €
Treffpunkt um 10:00 Uhr im Bayouma-Haus

Freitag, 04.08.17, 14:00 – 15:30 Uhr

Besuch der Ausstellung: „Künstlerinnen im Dialog – drei Tassen und eine japanische Puppe“ im verborgenen Museum (Berlin-Charlottenburg), Eintritt ermäßigt 1,50, sonst 3,- €
Treffpunkt um 13:00 Uhr im Bayouma-Haus

**Angebote im Juli/August des
Frauenprojektes Mariposa****Frau Belinda Apicella**

Kurzberatung in sozialen Fragen, Gruppenangebote (SHG, Workshops) und Informationsveranstaltungen für Migrantinnen. Tel. 29 04 66 11.
E-Mail: b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Sprechstunden:

Dienstags, 13:00 – 16:00 und
Donnerstags, 10:00 – 12:00

Telefonisch erreichbar:

Mittwochs, 13:00 – 15:00

Montags, im Wechsel 11:00 – 13:00 und 13:00 – 15:00

Hilfe bei Bewerbungen für Frauen
Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Hilfe bei der Suche von Stellenangeboten mit Frau Kunze (kostenfrei)
Anmeldung unter: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

**Ab 07. August, Montags, 18:00 – 20:30 Uhr
Workshop für Frauen: „Kreative Emotionen“**

Workshop für Frauen: "Emotionale Kreativität"
Durch das Malen und weitere experimentelle Kunsttechniken erlerne Dein eigenes Ich zu entdecken und zu kennen.
Kursleitung: Elisa Nicolò. Kostenfreies & offenes Angebot (Kinderbetreuung nicht möglich)
Anmeldung unter: b.apicella@awo-spree-wuhle.de

**Am 05. Juli, dann ab 09. August wieder regelmäßig
Mittwochs 09:00 – 11:00 und 13:00 – 17:00
und nach Vereinbarung!**

Psychologische Beratung für Frauen und Mädchen, mit Fokus auf den perinatalen Kontext mit Psychologin Silvia Bonapace (italienisch & deutsch)
Terminvereinbarung unter 015203668205 und
silvia.bonapace@studio.unibo.it
(Spendenbeitrag: 45 Minuten á 12 €)

**Am 05. Juli, dann ab 09. August wieder regelmäßig
Mittwochs, 11:00 – 12:30 Uhr**

„Platz für Mütter in Friedrichshain“, offene Gruppe für Frauen – italienisch, englisch, deutsch – Bewegungsübungen, Empowerment und Austausch – kommen Sie gerne mit und ohne Babys! Mit Psychologin Silvia Bonapace
Kostenfreies Angebot.
Anmeldung unter silvia.bonapace@studio.unibo.it

Mittwochs, 18:00 – 19:30**Hatha-Yoga für Frauen mit Viky**

Kurs in englischer Sprache, Deutsch und Italienisch möglich

**Freitag, 14. Juli & 04. August, 11:00 -13:00 Uhr
Frauenbrunch bei Mariposa**

zum Austauschen, Netzwerken, Kennenlernen
Jede bringt etwas zum Essen mit

Bilderausstellung

L'arte Femminile a Berlino - Weibliche Kunst in Berlin
Ausstellung mit Bildern und Zeichnungen von Veronika Ban

Kontakt

Bayouma-Haus
der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Frankfurter Allee 110 (zweiter Hinterhof,
neben der Werkstatt „Box im Bogen“. 1. Etage)

10247 Berlin
Tel.: (030) 29 04 91 36 – Fax: (030) 29 04 91 29

E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Ausführliches Programm und Informationen unter:

<http://www.bayouma-haus.de>
<http://www.bayouma-gesundheit.de>
<http://www.awo-spree-wuhle.de>

BABEL E.V.

Angebot im Juli/August 2017 (Auszug)

Öffentliche Veranstaltungen

Ferienprogramm, Sommerferien 2017, vor- und nachmittags 20.07. – 21.07.

Da beißt die Maus keinen Faden ab“ - Nähprojekt

24.07. – 31.07.

Märchentag im Beduinenzelt

14.08. – 25.08.

Babylonische Spielwelten – Bastel-Spiele aus aller Welt – mit
Papier/und im Garten

28.08. – 01.09.

Babylonischer Sport – Wettkämpfe spielerisch gemeistert
Wenn die Sonne uns überredet „Wasserparty- Plitsch -
Platsch -Klitschnass– Wasserspiele (Badekleidung
&Handtuch)

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Montag: Theaterworkshop, Computer AG für Kids

Dienstag: Capoeira

Mittwoch: Kids kochen sich durch die Welt

Donnerstag: YoMaMe – Entspannungstraining für Kids

ComputerAG für die Größeren, Rap-Workshop

Freitag: Spanisch-Unterricht, SpielSpaß ohne Grenzen,

Samstag: ZwischenWelten - der Familientag im Haus Babylon
Neuberliner_innen zu Gast bei ihren Freunden Fußballtrain-
ing in der Halle.

Geburtstagsparty für Babylon-Kids

Jeden ersten Donnerstag im Monat ab 15:00 Uhr

Interkultureller Kinder- und Jugendbeirat im Haus Babylon

Jeden Dienstag und Donnerstag von 17.00 Uhr - 20.00
Uhr: Austausch, Gespräche und Diskussionen zu verschie-

denen Aspekten des Zusammenlebens in der multikulturellen
Gesellschaft.

Interkultureller Brunch –

Die Welt zu Gast im Haus Babylon

Thematische Veranstaltung mit wöchentlich wechselnden
Themen in Bezug auf die Interkulturelle Thematik
Jeden Donnerstag von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

SelbstAnsichten - Ogonjok

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treffen sich in
gemütlicher Atmosphäre mit Spätaussiedlern zu einem gesell-
igen Nachmittag.

Freitag, 09.06.2017, Freitag, 23.06.2017 von 15.00 Uhr –
20:00 Uhr

FrauenGarten - Computersalon für Frauen

Computerworkshop speziell für Frauen mit Migrationsbiogra-
fie montags, 10.00 Uhr - 12.00 Uhr und dienstags, 16.00
Uhr - 18.00 Uhr

FrauenGarten - Wir kochen gemeinsam

Frauen mit und ohne Migrationsbiografie kochen gemeinsam
freitags, 11.00 Uhr - 15.00 Uhr

Thematischer Projekttag 2 Tage - Europa Express

- Vielfalt der europäischen Zivilgesellschaften
- Kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den
europäischen Ländern
- Gleichstellung von Frauen in Europa
- Institutionelle Diskriminierung
- Zukunftswerkstatt eine Gesellschaft ohne Diskriminie-
rung
- Asylpolitik der EU

Mittwoch & Donnerstag, 05. & 06. Juli, 09.30 Uhr - 12.00
Uhr

Interkulturelle Werkstatt „Miteinander Leben“

- Stärkung des Selbstbewusstseins und Stärkung des
Selbstvertrauens, um in Diskriminierungssituationen
selbstbewusst zu handeln
- Reflexion von Konflikten, Problemen und Traumatisie-
rungserfahrungen
- Interkulturelles Theaterstudio - „Theater der Unter-
drückten“

Montag - Freitag (Um Voranmeldung wird gebeten)

Kurse und Arbeitskreise

(Um Voranmeldung wird gebeten)

Orientierungskurs für Menschen mit Migrationsbiografie

Montag & Dienstag von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr

Deutschförderkurs für Fortgeschrittene

Montag bis Mittwoch von 09.00 Uhr - 12.00 Uhr

Trainingsprogramm Interkulturelle Sensibilisierung:

Inhalte:

- Kultur und kulturelle Sensibilität
- Mensch und Kultur in Bezug auf die Dimension des
Fremden
- Kulturdistanz und Kulturdimensionen
- Interkulturelle Kommunikation
- Diskriminierung als Begriff
- Stereotype und Vorurteile
- Von Vorurteilen zur gruppenbezogenen Menschen-
feindlichkeit
- Wie ist Schule ohne Diskriminierung möglich?
- Welche Rolle spielt der kulturelle Hintergrund zum
Verständnis von Diskriminierung?

- Ursachen und Folgen von Diskriminierungssituationen in der Schule.

Montag - Freitag (Um Voranmeldung wird gebeten)

Auskünfte/Beratungen

niedrigschwellige Beratungs-, Betreuungs und Begleitangebote, Auskünfte zu Wohnungsangelegenheiten und Antragsstellungen/, Schreib und Übersetzungsservice
Montag bis Freitag

Kontakt

BABEL e.V.
Stefan-Born-Straße 4
12629 Berlin-Hellersdorf

Tel.: (030) 99 858 91, Fax: (030) 99 893 20

E-Mail: babel-berlin@t-online.de
Internet: <http://www.haus-babylon.de>

Verantwortlich: Dr. Mekonnen Shiferaw

AWO-BEGEGNUNGSZENTRUM Angebote im Juli/August 2017

Sommerkonzerte

im Café des AWO Begegnungszentrums,
Adalbertstr. 23a, 10997 Berlin
jeweils 16.00 – 18.00 Uhr

Dienstag, 11. Juli 2017

Trio Nocturcanto - Lateinamerikanische Musik

Mittwoch, 02. August 2017

Trio Swing - Swing, polnische & bulgarische Lieder

Donnerstag, 14. September 2017

Dusko Janovic und Freunde - Balkanmusik

Wir freuen uns auf Ihr Kommen! Der Eintritt ist frei,
Anmeldung erwünscht. Tel.: 6953 5613

Samstag, 01.07., 14:00 -19:00 Uhr

Familienfest im Görlitzer Park

Wir sind auch dieses Jahr mit einem Stand unseres NKM Netzwerkes (Netzwerk Kulturarbeit mit älteren Menschen) dabei. Wir laden alle ein, vorbeizuschauen und unseren Stand zu besuchen.

Nähe U-Bahnhof Görlitzer Bahnhof, Eingang Skalitzer Str.

Dienstag, 04.07., 10:00 Uhr – ca. 17:00 Uhr

**Ausflug zum Babelsberger Park
mit kleiner Wanderung**

Wir fahren mit Bus und Bahn zum Babelsberger Park, der malerisch am Havelufer gelegen ist. Nach Besichtigung der Highlights im Park besteht die Möglichkeit zu einer Einkehr in einem Café.

Wir bitten um Anmeldung bei Filiz oder Susanne

Treffpunkt: U-Bahnhof Kottbusser Tor

Donnerstag, 06.07., 10:30 -13:00 Uhr

Aus der Reihe „Was ist für mich Heimat?“

Wir knüpfen an die Fotopräsentation zu Vietnam im Februar an und sprechen über unsere Erfahrungen zum Thema „Hast du dich schon einmal fremd gefühlt?“ Begrenzte Teilnehmerzahl, bei Interesse bitte Filiz, Susanne oder Helena ansprechen.

Ort: AWO Begegnungszentrum

Sonntag, 09.07., 14:00-19:00 Uhr, Sommer-Fest

im Nachbarschaftszentrum Urbanstr. 21

Das AWO Begegnungszentrum wird mit einem Stand dabei sein. Wir freuen uns über Besucher.

Ort: 14:00 Uhr, NHU Urbanstraße 21, 10969 Berlin

Dienstag, 11.07., 11:00 - 12:30 Uhr

Offene Schreibgruppe mit Katharina Ludwig

„Einmal um den Block“ präsentiert ihre Arbeit.

Alle sind herzlich Willkommen.

Ort: AWO Begegnungszentrum, Seniorenraum EG

Dienstag, 11.07., 16:00-18:00 Uhr

Sommer-Konzert mit lateinamerikanischer Musik von der Gruppe Nocturcanto.

Die Sommerkonzerte sind eine Kooperation mit der Abt. Stadtteil- und Seniorenangebote des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg.

Ort: im Café des Begegnungszentrums

Dienstag, 18.07.14:00 – 17:00 Uhr

Treffpunkt der Kulturen

Sommerfest in der Falckensteinstraße 6 mit Live-Musik und Imbiss, Teilnahme-Beitrag 5,-€

Nur mit Anmeldung bei Hr.Block, Tel.: 695 34 051

Ort: Begegnungsstätte Falckensteinstr.6, 10997 Berlin

Mittwoch, 09.08., 13:00 -16:00 Uhr

Dialog-Tisch zum Thema Heimat und Identität

Wir möchten uns dieses Jahr über die Frage „Was braucht man, um anzukommen oder sich heimisch zu fühlen?“ austauschen und beginnen wie immer mit einem gemeinsamen Mittagsimbiss.

Anmeldung und Information bei Filiz ML oder Susanne K., Ort: AWO Begegnungszentrum

**Gruppentreffen im AWO Begegnungszentrum
und in der Begegnungsstätte Gitschiner Straße**

BITTE BEACHTEN: Die Türkischsprachige Rentnergruppe hat Sommerpause im September

Folgende Gruppen treffen sich im AWO Begegnungszentrum, Adalbertstr. 23a, EG

Sonntags, 15:00 Uhr

Gruppe Al Kantara

Nähere Informationen bei Ezzeddine Neji

nejiezzeddine@googlemail.com

Dienstags, 14:00-18:00 Uhr

Spanischsprachige Rentnergruppe

Gruppenleiterin: Teresa

Die Handarbeitsgruppe "Bunte Kreationen – die AWO Kirschen" sowie die **Schreibgruppe zum Thema Nachbarschaft und der Sevillana-Tanzkurs: Sommerpause im Juli/August.**

**Jeden ersten Mittwoch im Monat, 14:00 – 18:00 Uhr
Polnischsprachige Rentnergruppe**

Gruppenleiterin: Jola

Mittwochs, 13:00 – 14:30 Uhr

Keine Vorkenntnisse erforderlich und für jede Altersgruppe geeignet! Von 8-90 Jahren

Gruppenleiterin: Mari Carmen

Mittwochs, 15:00-18:00 Uhr

Integrationsgruppe 12 und 18

Des AWO KV Nordwest. (Erwachsene mit Assistenzbedarf). Nähere Informationen bei Guido Rademacher, Tel.: 627 05 499 oder, Mail: guidorademacher@gmx.de oder bei Filiz Müller-Lenhartz, Tel.: 695 35 613

Donnerstags, 14- tägig, 15:00-18:00 Uhr

„Dobar Dan“ Gruppe

(Senioren aus Ex-Jugoslawien)

Termine für das erste Halbjahr: 06.04., 20.04., 04.05., 18.05., 01.06. und 22.06.2017

Nähere Informationen bei Silvana Kostic, Tel.: 695 35 640

Kontakt

AWO Begegnungszentrum
Adalbertstr. 23A, 10997 Berlin

Tel.: (030) 695 35 611

Migrantensozialdienst

Susanne Koch,

Tel.: (030) 695 35 619

E-Mail: susanne.koch@awoberlin.de

und

Gemeinwesenarbeit, Filiz Müller-Lenhartz

Tel.: (030) 695 35 613

E-Mail: f.mueller-lenhartz@awo-spree-wuhle.deInternet: <http://www.begegnungszentrum.org>

Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.

VERANSTALTUNGEN**VON JULI BIS OKTOBER 2017**

Projekt „Interkulturelles Kompetenzzentrum für Migrant*innenorganisationen Berlin (IKMO)“

Im Mittelpunkt der vielfältigen Angebote und Aktivitäten des IKMO-Projekts (Kooperation von Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.,



Club Dialog e.V. (CD) und Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V. (TBB)) steht die Stärkung der Kompetenzen und Potenziale von Migrant*innenorganisationen (MO). MO werden für ihre Entwicklung individuell beraten, qualifiziert, vernetzt und gefördert. Das Projekt setzt sich für mehr Beteiligung und mehr Teilhabegerechtigkeit für Migrant*innen und deren Organisationen im Land Berlin ein. Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl- Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) und aus Mitteln des Integrations- und Partizipationsprogramms des Landes Berlin kofinanziert.

Thematische Fachrunde „E-Mail Newsletter von Migrant*innenorganisationen“

Zeit: Donnerstag, 13. Juli 2017, 10:00 - 13:00 Uhr**Ort:** VIA, Schulungsraum (4. OG), Petersburger Str. 92, 10247 Berlin**Referent:** Jona Hölderle, pluralog

Immer mehr Migrant*innenorganisationen (MO) nutzen E-Mail Newsletter für die externe Kommunikation. Es ist eine kostengünstige Möglichkeit, um direkt und breit die Adressat*innen zu erreichen. Die vermehrte Kommunikation über Social Media sowie mobile Geräte macht es jedoch schwierig, die Aufmerksamkeit der Empfänger*innen zu gewinnen. Welche technischen, inhaltlichen sowie gestalterischen Bedingungen sind zu beachten, um den Newsletter effizient einzusetzen? Wie kann man den Erfolg von E-Mail Newslettern messen? Und wie kann man den eigenen Verteiler gezielt vergrößern? Nach einem Input durch Herrn Jona Hölderle zu diesen und anderen Fragen wollen wir an den konkreten Beispielen der teilnehmenden Organisationen arbeiten.

Teilnehmen können alle MO, die bereits einen Newsletter herausgeben bzw. konkret planen. Die Teilnehmendenzahl ist begrenzt.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 30.06.2017 per E-Mail unter nozomi.spennemann@via-in-berlin.de

Thematische Fachrunde „Burnout-Prävention: Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz“

Zeit: Dienstag, 12.09.2017, 10.00-13.00 Uhr

Ort: VIA, Schulungsraum (4. OG), Petersburger Str. 92, 10247 Berlin

Referentin: Dipl.-Psych. Mareile Rahming, psychologische Psychotherapeutin VT und ACT

Details und Anmeldefrist siehe demnächst auf www.ikmo-berlin.de.

Workshopreihe „Basics der Vereinsführung“ für leitende Mitarbeiter*innen neuer MO bzw. neuer Vorstände von MO

Beginn am 26.09.17, 13-17 Uhr

Details zu diesem Termin siehe demnächst auf www.ikmo-berlin.de.

Geplante Themen der Workshopreihe: Die Rolle von Migrant*innenorganisationen, Vereinsrecht, Ehrenamtlicher Vorstand, Projektmanagement (Fördermittel erfolgreich einwerben und Projekte umsetzen) u. a. Die Workshops finden einmal im Monat bis Ende 2017 statt. Die Teilnahme an einzelnen Terminen ist möglich. Kontakt & Anmeldung: ikmo@via-in-berlin.de

Thematische Fachrunde „Zeitmanagement für MO“

Zeit: Mittwoch, 18.10.2017, 10:00 - 13:00 Uhr

Ort: VIA, Schulungsraum (4. OG), Petersburger Str. 92, 10247 Berlin

Referentin: Dr. Claudia Zuleta, Business & Intercultural Coach. Details und Anmeldefrist siehe demnächst auf <http://www.ikmo-berlin.de>.

Teilprojekt „Willkommen in Berlin“ im IQNW Berlin

Zu den Inhalten des Teilprojekts „Willkommen in Berlin“ im IQ Landesnetzwerk Berlin siehe den ausführlichen Beitrag über das Projekt in der vorliegenden Ausgabe des Newsletters Berlin International.

3. Netzwerktreffen „Arbeitsmarktintegration von afghanischen Geflüchteten“ Zeit:

Dienstag, 04.07.2017, 14:00-16:00 Uhr

Ort: Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin.

Arbeitsmarktgespräch: „Wege zu einem Berufsabschluss in Deutschland - Informationen für Geflüchtete mit geringen Deutschkenntnissen“

Zeit: Mittwoch, 05.07. 2017, 18:00 - 20:00 Uhr

Ort: Polnischer Sozialrat e.V., Oranienstraße 34, 10999 Berlin

2. Netzwerktreffen „Migrannet. Netzwerk für Migrant*innenorganisationen und Unternehmer“ (Eine Initiative in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband LV Berlin)

Zeit: 11.07.2017, 16:00 bis 18:00 Uhr

Ort: I.S.I. e.V. - Initiative Selbständiger Immigrantinnen -, Kurfürstenstr. 126, 10785 Berlin

Alle Interessierten sind herzlich zu den Veranstaltungen eingeladen!

**AFROPOLITAN BERLIN
Programm Juli 2017**



Aufführung:

Samstag, 15. Juli 2017, von 17:15 bis 17:45 Uhr

Im Rahmen des Festivals der Religion in der Werkstatt der Kulturen

Afrobrasilianisches Tanztheater:

Oriki – Das Erscheinen von Yansã

Mit Murah Soares & Ensemble

Das Tanztheaterstück greift eine Geschichte aus der afro-brasilianischen Mythologie des Candomblé auf. Die Geschichte wird durch Tanz, Musik und Trommeln erzählt, so dass das Publikum einen schönen Eindruck des afro-brasilianischen Pantheons bekommt.

Dauer ca. 30 Minuten

Ort: Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32

Samstag und Sonntag, 15. und 16. Juli 2017

Tanz - Workshop

Kongo Dance wieder in Berlin!

Workshopleiter: mit Funmilayo / New York City

Im Juli wird sie zum zweiten Mal die kongolesischen Tänze in Berlin unterrichten. Funmilayo's Workshops versprechen die Erweckung und die Bewusstwerdung von in uns schlummernden Energien und eine intensive Arbeit mit der Kraft Flexibilität und Ausdauer unserer Körper.

Workshopbeitrag 60,- €, Ort: Forum Brasil

Infos zu allen Events unter: <http://www.afropolitan.berlin>

Kontakt und Info

AfroPolitan Berlin
c/o Forum Brasil e.V.
Möckernstraße 72
10965 Berlin

Tel: (030) 780 960 54

E-Mail: info@afropolitan.berlin

Internet: <http://www.afropolitan.berlin>

Veranstaltungen

01.07., NARUD e.V.:

8. INTERKULTURELLES FUßBALLTURNIER UND BAOBAB-MESSE

Motto: „Fluchtursachen bekämpfen!“

Samstag, 01. Juli 2017 (ab 9:30 Uhr)
NNW-Sportplatz/Kokswiese
Behmstraße 27
Berlin - Gesundbrunnen

Zusätzlich findet am 08. Juli zur Feier des 10-jährigen Bestehens von NARUD e.V. und der Ehrung der Gewinner_innen, eine Gala-Night statt, zu der wir ebenso herzlichst einladen!

Als NARUD e.V. freuen wir uns, das Interkulturelle Fußballturnier verbunden mit Familienprogramm, der Baobab-Messe und einer Informationsausstellung zu "Migration, Flucht und Vertreibung", in diesem Jahr zum 8. Mal in Folge ausrichten zu können.

Nach dem letztjährigen Schwerpunkt „Solidarität mit Flüchtlingen jetzt!“ nehmen wir dieses Jahr globale Verhältnisse und Entwicklungen, die Menschen in Not und Flucht treiben, in den Fokus. Daher lautet das diesjährige Motto: „Fluchtursachen bekämpfen!“.

Die Veranstaltung steht im Zeichen der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und wird durch das Förderprogramm des Europäischen Jahrs für Entwicklung (FEB) vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert. So verfolgen wir die Bewusstseins-schaffung und Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit für die Komplexität und Kontroversen der Migrations- und Geflüchtetenpolitik in Berlin.

Kontakt

Weitere Infos und Anmeldungen:
E-Mail: interkulturelles.fussball@narud.org

NARUD e.V.
NRO für Integration und
nachhaltige Entwicklung
Genter Straße 7
13353 Berlin

Tel.: (030) 915 154 16.

E-Mail: info@narud.org
Website: <http://www.narud.org>

14.-16.07., Bündnis Neukölln: FESTIVAL „OFFENES NEUKÖLLN“

Unter dem Motto "Offenes Neukölln" veranstaltet das Bündnis Neukölln von Freitag, 14. Juli bis Sonntag, 16. Juli 2017 ein buntes Nachbarschaftsfestival in ganz Neukölln.

Während des Festivals erwartet alle Neuköllnerinnen und Neuköllner ein vielfältiges Programm. 80 Veranstaltungen und Aktionen, vom Straßenfest bis zur politischen Diskussion, von Kunst-Performances bis zum interkulturellen Frühstück, vom postkolonialen Stadtrundgang bis zum Bolzplatzturnier laden zum Mitmachen ein. Das Festival wird am Freitag, 14.07.2017, um 18h vor dem Rathaus Neukölln eröffnet.

Mehr als 60 Initiativen und Organisationen, Vereine und Kneipen haben sich dem Festival angeschlossen und bieten für jede und jeden etwas. Vom Landwehrkanal bis Rudow, vom Hermannplatz bis zur Hufeisensiedlung wird sich Neukölln pulsierend, fröhlich, antirassistisch und kämpferisch zeigen! Das Programm kann online unter www.offenes-neukoelln.de/programm abgerufen werden. Ein Programmheft wird in Kürze vorliegen.

Während des gesamten Wochenendes wird das Bündnis Neukölln an einem Infostand vor dem Rathaus Neukölln über das Festival und über seine Arbeit informieren. Das Team am Infostand ist auch ansprechbar für Fragen rund um das Thema Rechtsextremismus in Neukölln.

Auf der Website <http://www.offenes-neukoelln.de> sowie unter www.facebook.com/buendnisneukoelln finden sich ständig aktualisierte Informationen zum Festival.

Das Bündnis Neukölln ist ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen, Initiativen, Gewerkschaften, Parteien, Religionsgemeinschaften und vieler Einzelpersonen.

E-Mail: offenes-neukoelln@buendnis-neukoelln.de

22. Juli 2017: BERLINER CHRISTOPHER STREET DAY 2017 Start 12:30 Uhr, Kurfürstendamm

Der Christopher Street Day Berlin (CSD Berlin) gliedert sich in zwei Teile: den Demonstrationzug (CSD Demo) und die Abschlusskundgebung (CSD Finale). Beide finden dieses Jahr am Samstag, den 22. Juli 2017 statt.

CSD DEMO – PRIDE MARCH BERLIN

Die legendäre Berliner CSD Demo startet am 22. Juli 2017 um 12 Uhr an der berühmten Café-Kranzler-Ecke auf dem Ku'damm (Höhe Joachimsthaler Straße) mit der Eröffnung. Nach der Eröffnungszeremonie setzt sich die Demo gegen 12:30 Uhr in Bewegung und zieht vom Ku'damm über Wittenbergplatz, Nollendorfplatz, Lützowplatz und Siegessäule Richtung Regierungsvier-

tel. Zwischen 15 und 17 Uhr erreicht sie den Endpunkt der Demo: das CSD Finale am Brandenburger Tor.

CSD in Berlin ist Politik und Party in Kombination. Um die Vielfalt der Teilnehmenden stärker sichtbar zu machen hat die Demo zwei Blöcke, einen für Fußgruppen und "leisere" Fahrzeuge, und dahinter einen "lauten" für die großen Trucks mit den fetten Bässen. Wer ohne motorisiertes Fahrzeug unterwegs ist, darf sich in Berlin überall spontan einreihen.

Internet: <http://csd-berlin.de/>

**Ab 29.07., Martin-Gropius-Bau:
BLUTIGER BODEN.
DIE TATORTE DES NSU**

Regina Schmeken
Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU
29. Juli bis 29. Oktober 2017

Öffnungszeiten
Mi. bis Mo. 10:00–19:00 Uhr
Di. geschlossen

Sonderöffnung:
Di. 03. Oktober 2017
von 10:00–19:00 Uhr geöffnet

Eintritt: €4 / ermäßigt €3
Gruppen (ab 5 Personen) p. P. €3
Schülergruppen p. P. €1
Eintritt frei bis 16 Jahre

Das Beklemmendste an diesen Fotografien ist, dass auf ihnen weder die Mörder noch die Mordopfer zu sehen sind. An Schmekens Aufnahmen wirkt gerade das Unauffällige, Banale und Gewöhnliche unheimlich.
Hans Magnus Enzensberger

Zehn von Rechtsradikalen getötete Menschen zwischen 2000 und 2007 – in Dortmund, Hamburg, Heilbronn, Kassel, Köln, München, Nürnberg, Rostock. Das erste Opfer, der Blumenhändler Enver Şimşek, wurde am 9. September 2000 in Nürnberg ermordet, das letzte Opfer, die Polizistin Michèle Kiesewetter am 25. April 2007 in Heilbronn. Bei einem Nagelbomben-Attentat in Köln wurden 22 Menschen verletzt, vier davon schwer. Der Prozess am Oberlandesgericht in München gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben sowie weitere fünf mutmaßlich Beteiligte begann 2013, das Urteil steht noch aus, ebenso die restlose Aufklärung der Taten.

Regina Schmeken begann im Frühjahr 2013 damit, die Tatorte des NSU zu fotografieren. In ihrem Ausstellungsprojekt „Blutiger Boden. Die Tatorte des NSU“ geht es ihr auch um das Gedenken an die Ermordeten sowie eine Auseinandersetzung mit jenen Orten, die auf den ersten Blick keinerlei Spuren einer Gewalttat aufweisen. Zwischen 2013 und 2016 besuchte sie

mehrmals die Tatorte. Es entstand ein Zyklus großformatiger Schwarzweiß-Fotografien, die verstörend wirken.

Die Ermordeten, acht türkischer, einer griechischer Herkunft und eine deutscher Herkunft wurden auf dem Boden liegend gefunden, brutal hingerichtet von rechtsradikalen Terroristen.

Internet:

https://www.berlinerfestspiele.de/de/aktuell/festivals/gropius-bau/programm_mgb/mgb17_schmeken_nsu/ausstellung_g_schmeken_nsu/veranstaltungsdetail_schmeken_nsu_207895.php

Kultur bewegt e.V.:
STADTTEILFÜHRUNGEN
IM JULI/AUGUSTE 2017
Neukölln

In Neukölln ist Einwanderung schon lange Geschichte und Alltag, die Stadteilführerinnen sind Zeitzeuginnen, die davon aus eigener Erfahrung und Anschauung berichten. Ihre Stadteilführungen sind so vielfältig wie Neukölln selbst!

Sehen Sie die Karl-Marx-Straße, den Richardplatz oder die Gropiusstadt mit den Augen von Frauen, die hier ihre (zweite) Heimat gefunden haben. Neukölln ist ihnen Wahlheimat oder Zufluchtsort geworden, irritierend mit seinen Problemen und faszinierend mit seinem Potenzial. Machen Sie sich ein (anderes) Bild von Berlins „berüchtigtem“ Bezirk!

Samstag, 1. Juli 2017 um 12.00 Uhr

Tour: „Mitten im Hayat“

Mit Meryem Eroglu

Treffpunkt: an den Treppen des Rathaus Neukölln, U-Bahnhof Rathaus Neukölln

Samstag, 15. Juli 2017 um 12:00 Uhr

Tour: „Erkundung im Paradies“

Mit Hiba Ayad

Treffpunkt: vor dem Eingang zum Heimathafen Neukölln Karl-Marx-Straße 141, U-Bahn Karl-Marx-Straße

Samstag, 05. August 2017 um 11.00 Uhr

Tour: „Ein internationales Dorf“

Mit Emine Elci

Treffpunkt: vor dem Eingang zum Heimathafen Neukölln Karl-Marx-Straße 141, U-Bahn Karl-Marx-Straße

Sonntag, 19. August 2017 um 12:00 Uhr

Tour: „Neukölln Oneway“

Mit Gülaynur Uzun und Hanadi Mourad

Treffpunkt: vor dem Eingang zum Heimathafen Neukölln Karl-Marx-Straße 141, U-Bahn Karl-Marx-Straße

Internet: <http://www.route44-neukoelln.de/>

Kontakt

Kulturbewegt e.V.
Oranienburger Straße 37
10117 Berlin

Tel.: (030) 70 222 023

E-Mail: info@kulturbewegt.de
Internet: <http://www.kulturbewegt.de>

Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin: PROGRAMM IM JULI/AUGUST 2017

Juli

Am **06. Juli 2017 um 19:00 Uhr** findet im Rahmen der Film- und Lesungsreihe „Zwischen Marrakesch und Maschhad“ ein Vortrag mit anschließendem Gespräch von Elham Rokni zu Juden im und aus dem Iran statt. Gezeigt werden außerdem zwei Videoprojekte von Rokni.

Nähere Informationen finden Sie unter folgendem Link:
<https://www.jmberlin.de/filmvorfuhrung-yousef-abad>

Am **13. Juli 2017 um 19:00 Uhr** findet die Veranstaltung „Der Mensch als Herr oder Hüter der Schöpfung?“ im Rahmen der Ringvorlesung Ethische Fragen in Judentum und Islam statt.

Nähere Informationen finden Sie unter folgendem Link:
<https://www.jmberlin.de/der-mensch-als-herr-oder-hueter-der-schoepfung>

August

Am **30. August 2017 um 19:00 Uhr** stellt Ronen Steinko sein Buch „Der Muslim und die Jüdin“ vor. Es geht um die Geschichte einer Rettung in Berlin, in der der ägyptische Arzt Mohammed Helmy seine jüdische Patientin Anna Boros in Berlin vor der Deportation bewahrt.

Nähere Informationen finden Sie unter folgendem Link:
<https://www.jmberlin.de/buchvorstellung-der-muslim-und-die-uedin>

Alle drei Veranstaltungen finden im Saal der Akademie (gegenüber des Museums) statt.

Kontakt, Anmeldung, Ort

Für alle Veranstaltungen:

Ort:
W. M. Blumenthal Akademie, Saal
Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz 1
10969 Berlin (gegenüber dem Museum)

Eintritt frei - Anmeldung erforderlich.

Anmeldung: Tel.: (030) 25 993 488

oder per E-Mail: reservierung@jmberlin.de

Internet: <http://www.jmberlin.de/>

Veröffentlichungen Internet-Tipps



Webseite:

**NEUE BRÜCKEN FÜR BERLIN -
WOMEN'S WELCOME BRIDGE
geht in die zweite Runde**

<https://www.womens-welcome-bridge.de/>

WOMEN'S WELCOME BRIDGE. Berlinerinnen bauen Brücken gibt es nun neben Deutsch und Englisch auch in Arabisch, Farsi, Türkisch und Französisch. Die Webseite funktioniert wie ein digitales Schwarzes Brett, das Berlinerinnen, geflüchtete Frauen und Fraueninitiativen zusammenbringt.

Die Idee von WOMEN'S WELCOME BRIDGE ist es, geflüchtete Frauen durch ein niedrigschwelliges Angebot mit ehrenamtlich engagierten Frauen und Fraueninitiativen in Berlin zusammenzubringen. Das Projekt der Geschäftsstelle Gleichstellung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung in Zusammenarbeit mit „Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V.“ hat in den ersten Monaten bereits zahlreiche Frauen miteinander in Kontakt gebracht: 200 Frauen profitierten bisher vom Angebot auf der Website. Neben Privatpersonen haben auch rund 70 Initiativen ihre Angebote veröffentlicht.

Auf WOMEN'S WELCOME BRIDGE können Frauen schnell und einfach Angebote und Gesuche einstellen und auf die Angebote und Gesuche von anderen Frauen reagieren. Fraueninitiativen können über ihre Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote informieren.

Internet: <https://www.womens-welcome-bridge.de/>

Kontakt

WOMEN'S WELCOME BRIDGE –
Berlinerinnen bauen Brücken

Raupe und Schmetterling –
Frauen in der Lebensmitte e.V.
Pariser Straße 3
10719 Berlin

Tel.: (030) 8 89 22 60
Fax: (030) 8 89 22 610

E-Mail: mail@raupeundschemmetterling.de
Internet: <http://www.raupeundschemmetterling.de>

**Chatham House, Forschungsbericht:
EUROPA –
ZIEHEN WIR (NOCH) AN EINEM STRANG?
Was Bevölkerung und Eliten wirklich über die EU
denken – eine repräsentative Umfrage**

In der vorliegenden Studie werden zunächst die politischen Trends, die die Politik in ganz Europa prägen, untersucht. Daraufhin wird kurz dargelegt, wie die Daten auf einen an drei Fronten gespaltenen Kontinent hindeuten.

Erstens ist eine Kluft zwischen Eliten und der Öffentlichkeit auszumachen: Auch wenn eine gewisse Übereinstimmung in den Haltungen zu Solidarität, Demokratie und den Errungenschaften der EU festzustellen ist, so gibt es doch markante Unterschiede, was politische Grundwerte, Gefühle gegenüber der EU und Einstellungen zu Vielfalt und Zuwanderung betrifft.

Zweitens besteht eine gesellschaftliche Kluft in der Bevölkerung, deren unterschiedliche Werte Europa in zwei verschiedene Richtungen ziehen. Drittens ist sich die Elite in wesentlichen Fragen bezüglich der zukünftigen Richtung der EU uneinig.

Im letzten Kapitel werden die Auswirkungen dieser Ergebnisse auf die Zukunft der Union erörtert. Es zeigt sich, dass Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bevölkerung eine ebenso große Rolle wie zwischenstaatliche Differenzen spielen, und dementsprechend unterschiedliche Strategien erfordern. Um der Vielfalt der Sichtweisen in Bevölkerung und Elite besser Genüge zu tun, wird die EU über eine rein binäre Debatte über ihre Zukunft hinausgehen müssen. In Ermangelung eines Konsenses und angesichts der relativen politischen Stabilität, die den Wahlen in diesem Jahr folgen sollte, erscheint der Raum für neue Ideen und Visionen durchaus gegeben

Direkter Download:

<http://www.erstestiftung.org/wp-content/uploads/2017/06/CHATHAM-HOUSE-Europa-ziehen-wir-noch-an-einem-Strang.pdf>

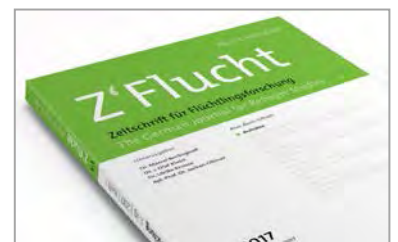


Internet: <http://www.erstestiftung.org/blog/new-chatham-house-study-the-future-of-europe-comparing-public-and-elite-attitudes/>

Chatham House, the Royal Institute of International Affairs, ist ein unabhängiger Thinktank mit Sitz in London. Unser Auftrag besteht darin zu einer nachhaltigen, sicheren, prosperierenden und gerechten Welt beizutragen.

**Neue Veröffentlichung:
Z'FLUCHT
Zeitschrift für Flüchtlingsforschung**

Die Z'Flucht ist ein neues peer-reviewed journal, das wissenschaftliche Beiträge aus unterschiedlichsten Disziplinen zu Fragestellungen der



Flucht- und Flüchtlingsforschung veröffentlicht. Sie erscheint zweimal im Jahr im Nomos-Verlag (Baden-Baden) und wird von Marcel Berlinghoff (IMIS), J. Olaf Kleist (IMIS), Ulrike Krause (Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg) und Jochen Oltmer (IMIS) herausgegeben.

Die Z'Flucht dient dem wissenschaftlichen Austausch im Forschungsfeld durch empirische Studien, theoretische Reflektionen und methodische Diskussionen. Mit internationalem, regionalem, nationalem oder lokalem Bezug werden unter anderem Fragen zu den Bedingungen, Formen und Folgen von Flucht und Vertreibung, Flüchtlingsschutz, Regelungen im Bemühen um dauerhafte Lösungen wie (Re-)Integration oder Resettlement sowie das Handeln von Geflüchteten und ihre Strategien im Umgang mit Fluchterfahrungen abgedeckt.

Da Flucht und Zwangsmigration nicht nur ein wachsendes Forschungsgebiet, sondern auch ein breites politisches und praktisches Handlungsfeld darstellt, möchte die Zeitschrift auch dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis dienen.

Inhaltsverzeichnis des ersten Heftes unter <http://www.zflucht.nomos.de/>.

Bestellungen sowie kostenlose Probehefte unter <http://nomos-shop.de/28458>.

Internet: <http://fluechtlingsforschung.net/zflucht/>